IMT Nuremberg Archives

H – 710

International Court of Justice

H0710 - 0002

D o k u m e n t e n b u c h

Hermann G o e r i n g

Vorgelegt von

dem Verteidiger:

Dr. Otto S t a h m e r ,

Rechtsanwalt.

H0710 – 0003

Inhaltsverzeichnis

Exh. Goering Nr.			Seite
1	General Smuts	Brief an Wilson 30. Mai 1919	1
2	General Smuts	Brief an Lloyd George 22. Mai 1919	4
3	General J.F.C. Fuller	Der totale Krieg	9
4		Weimarer Verfassung	13
5	Nevile Henderson	Failure of a mission	15
6	Goering	Rede vom 4.12.34	17
7		Vertrag von Versailles	20
8	Viscount Cecil	Artikel in "Revue de Paris"	23
9	Lloyd Georges	Rede vom 7. November 1927	25
10	Paul Boncour	Rede vom 8. April 1927	27
11	Lord Rothermere	Warnungen und Prophezeiungen	29
12	a) Ribbentrop b)	Rede am 19.3.36 Memorandum der Reichsregierung vom 25. Mai 1935	31
13	Goering	Rede vom 9.4.1933	34
14	Goering	Rede vom 26.3.1938	36
15	Goering	Rede vom 26.10.1935	38
16	Goering	Rede 26.3.1938	40
17	Pfarrer Jentsch	Brief an den Generalsekretaer des DMG vom 30.10.1945	42
18	Goering	Rede vom 28.8.33	47
19	Goering	Rede Nov/Dez. 1938	49
20	Goering	Rede Sommer 1938	51
21	Goering	Telefongespraech vom 13.3.38	54
22	Earl of Halifax	Fragebogen vom 1.2.1946	58

H0710 - 0004

23	Sir Henderson	Failure of a mission	62
24		Note des Auswaertigen Amtes an die Regierung der UdSSR vom 21.6.1941	67
25		Richtlinien fuer die Fuehrung der Wirtschaft (Gruene Mappe) vom Juni 1941	74
26		Note der Reichsregierung an die franzoesische Regierung vom 30.5.1940	104
27	Dr. Lehmann	Eidesstattliche Erklaerung vom 21.2.1946	106

H0710-0005

Exhibit Göering Nr. 1

Aus dem

Brief des Generals Smuts

an Präsident Wilson

am 30. Mai 1919

(zit. nach Berber, "Das Diktat von Versailles", Essen 1939, S. 94,95)

Aus dem

Brief des Generals Smuts

an Praesident Wilson am 3o. Mai 1919

Die deutsche Antwort auf die von uns aufgestellten Friedensbedingungen scheint mir die fundamentale Note anzuschlagen, die fuer uns am gefaehrlichsten ist, und die wir mit groesster Sorgfalt zu erwaegen gehalten sind. Sie sagen im Grunde, dass wir ihnen gegenueber unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schliessen, einen Frieden in Uebereinstimmung mit Ihren Vierzehn Punkten und anderen 1918 verkuendeten Grundsaetzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, dass dem so ist. Abgesehen von den beiden von den Alliierten vor dem Waffenstillstand gemachten Einschraenkungen sind wir verpflichtet, einen Frieden zu schliessen im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien. Und alle Bestimmungen des Friedensvertrages, die in Ihrem Ziele und Zweck dagegen sind oder darueber hinausgehen, wuerden einen Bruch des Abkommens bedeuten.

Das scheint mir voellig klar, und es ist eine Frage des Tatbestandes, ob es derartige Bestimmungen gibt. Gibt es sie, dann ist unsere Lage in der Tat ernst, wenigstens wie ich sie auffasse. Dieser Krieg begann mit einem Bruch eines feierlichen internationalen Versprechens, und es war eines unserer vornehmsten Kriegsziele, internationalesRecht und die Heiligkeit internationaler Verpflichtungen zu schuetzen. Falls die Alliierten den Krieg beendigen, indem sie dem Beispiele Deutschlands bei Beginn folgen und der Welt gleichfalls mit einem "Fetzen Papier" gegenuebertreten, dann wird unsere Schande so gross sein, dass ich schaudere, denke ich an die letzte Wirkung auf die oeffentliche Meinung. Wir wuerden in der Tat ein schwereres Unrecht als Deutschland auf uns laden, dank allem, was seit August 1914 geschehen ist, und dank des furchtbaren Lichtes, das gerade auf diesen Punkt sich konzentriert hat.

H0710 – 0006

Offen heraus, ich glaube nicht, dass das der Fall ist, und es scheint mir, dass die Deutschen triftige Rechtsgruende in Bezug auf eine Anzahl der Bedingungen vorbringen. Alle die einseitigen Bedingungen, die Wechselseitigkeit oder Gleichberechtigung ausschliessen, und alle die Nadelspitzen, von denen derVertrag strotzt, scheinen mir gegen den Buchstaben und gegen den Geist Ihrer Punkte zu verstossen. Ich vermag nichts in den Punkten und Prinzipien zu entdecken, was zum Beispiel die einseitige Internationalisierung deutscher Stroeme und die voellig schlechte und einseitige Verwaltung, die in bezug hierauf vorgesehen ist, zu rechtfertigen vermoechte. Reparationen vermittels Kohle vermoegen nicht die in bezug auf das Saarbecken und seine Bevoelkerung getroffenen Abmachungen zu decken. Ich bin sogar im Zweifel, ob die Okkupation des Rheins fuer fuenfzehn Jahre mit dem Buchstaben und dem Geist Ihrer Punkte und Grundsaetze uebereinstimmt, und es gibt noch viele andere Punkte, auf die ich mich nicht beziehen will, aber die zweifellos ihre Ratgeber einer Erwaegung unterziehen werden.

Es wird eine furchtbare Enttaeuschung geben, wenn die Voelker zu der Auffassung gelangen, dass wir keinen Wilsonfrieden schliessen, dass wir der Welt unsere Versprechungen und der Oeffentlichkeit nicht die Treue halten. Wenn wir das tun, wird es so scheinen, als braechen wir das feierliche Abkommen, das wir in vollem Bewusstsein (wie ich wenigstens glaube) geschlossen haben, und wir werden mit schwerster Schande ueberschuettet werden, und dieser Friede koennte dann wohl sogar ein noch groesseres Unheil fuer die Welt bedeuten, als es der Krieg war.

Verzeihen Sie mir, dass ich Sie mit dieser Angelegenheit beunruhige, aber ich glaube, es handelt sich um die Wurzel unserer ganzen Sache.

Ihr sehr ergebener J. C. Smuts.

(E. Baker: Woodrow Wilson, Ed. III. S. 466 ff. - D:Baker; Woodrow Wilson. Deutsche Uebersetzung Bd. II. S. 4o2 ff). (Berber S. 94,95)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus dem Brief des Generals Smuts an Praesident Wilson vom 3o. Mai 1919 ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer
(Dr. Otto Stahmer)
Rechtsanwalt und Notar.

H0710-0007

Exhibit Goering Nr. 2

Aus dem

Brief des General Smuts

an Lloyd George vom 22. Mai 1919

(zit. nach Berger, "Das Diktat von Versailles", Essen 1939, S. 87-99).

H0710 - 0008

Aus dem

Brief des General Smuts

an Lloyd George vom 22. Mai 1919

"Ich wuerde bestimmt den franzoesischen und belgischen Fabrikanten die Vollmacht entziehen, in deutschen Fabriken herumzurennen, um sie ihrer Maschinerie zu berauben, die sie fuer ihre Werke fuer notwendig halten moegen (Par. 4 des vierten Anhanges zu den Reparationsklauseln). Eine derartige industrielle Pluenderung wuerde ausserordentlich schaedlich sein und liesse sich in Friedenszeiten nicht als eine Repressalie fuer Verbrechen rechtfertigen, die im Kriege begangen wurden.

4. Deutschlands oestliche Grenze.

Ich bin ueberzeugt, dass wir bei der ungebuehrlichen Vergroesserung Polens nicht nur das Verdikt der Geschichte umstuerzen, sondern einen politischen Kardinalfehler begehen, der sich noch im Laufe der Geschichte raechen wird. Dass neue Polen wird Millionen Deutscher (und Russen) und Gebiete mit einer deutschen (und russischen) Bevoelkerung oder die lange Zeiten hindurch Teile Deutschlands (oder Russlands) gewesen sind, umfassen. Es ist doch wohl sicher anzunehmen, dass sowohl Deutschland (wie Russland) wieder Grossmaechte werden, und dass das zwischen ihnen eingeklemmte neue Polen nur bei ihrem guten Willen gedeihen kann. Wie koennen wir unter diesen Umstaenden erwarten, dass Polen etwas anderes als ein Fehlschlag wird, selbst wenn es die notwendige Herrschafs- und Verwaltungsfaehigkeit besaesse, die es, wie die Geschichte beweist, nicht besitzt? Selbst jetzt, da die Konferenz ihre Sitzungen abhaelt, bieten die Polen den Grossmaechten Trotz, was wird sich erst in Zukunft ereignen, wenn die Grossmaechte gespalten sind und sich in den Haaren liegen? Ich glaube, wir sind dabei, auf Flugsand ein Haus zu errichten. Und im Hinblick auf diese und zahlreiche andere Erwaegungen wuerde ich die Grenzen Polens, wie sie in dem Friedensvertrage provisorisch festgesetzt sind, einer Revision unterziehen. Oberschlesien und alle wirklich deutschen GebieteDeutschland belassen, die Frenzen der freien Stadt

H0710-0009

Danzig enger ziehen und sie, anstatt sie unter die Oberherrlichkeit Polens zu stellen, wie wir es vorgeschlagen haben, unter die Souveraenitaet Deutschlands mit einer dem Voelkerbunde unterstellten Verwaltung belassen. Ich halte die lange Okkupation des Rheins und die so viel staerkere Vergroesserung Polens, als es je im Kriege geplant war, fuer die beiden Kardinalfehler des Friedensvertrages. Diese beiden Fehler bilden eine starke Bedrohung des kuenftigen Friedens Europas, und ich dringe darauf, dass jedes Mittel angewandt wird, sie aus der Welt zu schaffen, ehe es zu spaet ist. Noch ist es nicht zu spaet. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die deutschen Delegierten im Begriffe sind, einen starken Widerstand zu leisten und vielleicht es als Bedingung fuer Unterzeichnung des Friedensvertrages stellen, dass das Abkommen ueber ihre oestlichen Grenzen in Schlesien, Ost- und Westpreussen revidiert werde. Ich wuerde raten, dass wir dem Fuer und Wider der von ihnen betriebenen Angelegenheit eine ihrer Bedeutung entsprechende aeusserst sorgfaeltige Erwaegung schenken.

6. Die militaerischen und Luftfahrzeugklauseln.

Nach meiner Meinung tun wir unrecht, Deutschland auf eine Maximalarmee von hunderttausend Mann herabzudruecken; fuer eine so grosse Bevoelkerung in einem solchen Zustande innerer Gaerung und mit Grenzen und Nachbarn, wie sie Deutschland besitzt, halte ich eine derartige Streitmacht fuer absolut inadaequat fuer die notwendigen Polizei- und Defensivzwecke. Wir waren gezwungen, mehr als hunderttausend Mann bereitzustellen, um waehrend des letzten Teiles des Krieges in Irland die Ordnung aufrechtzuerhalten, und Deutschlands Lage ist weit ernsthafter. Wir sollten bereit sein, auf die Einwendungen zu hoeren, die die deutschen Delegierten in dieser Angelegenheit vorbringen werden.

Ich halte es gleichfalls fuer unrecht, es gaenzlich der Tanks und militaerischen Luftfahrzeuge zu berauben. Diese Sachen sind zu einem Teil der Ausruestung einer gut organisierten Armee geworden, und wir soll-

H0710-0010

H0710 - 0011

ten bereit sein, ihm die notwendige Quote von Tanks und Luftfahrzeugen fuer seine kleine Armee zu belassen. Das gleiche gilt fuer die Luftschiffe und Seeflugzeuge, die fuer seine verringerte Flotte notwendig sind.

Es gibt eine Bestimmung, dass saemtliche Flugzeughallen innerhalb hundertfuenfzig Kilometer von den oestlichen, westlichen und suedlichen Grenzen Deutschlands zerstoert werden sollen. Das ist bei weitem zu drastisch und tatsaechlich nicht notwendig, wenn nicht unausfuehrbar. Der Friedensvertrag strotzt von aehnlichen Nadelstichen, die nur die Launen untergeordneter Beamter verkoerpern, und das duerfte in dem Friedensvertrage in seiner endgueltigen Gestalt nicht so bleiben.

7. Internationale Fluesse und Eisenbahnen.

Waehrend die Internationalisierung der Fluesse und Eisenbahnen Deutschlands, die Ausgaenge fuer die neuen Staaten vorsehen, ein durchaus gesünder Grundsatz ist, erscheint die fuer diese Fluesse und Eisenbahnen festgesetzte Verwaltung gaenzlich undiskutabel. Diese Fluesse sollen von Ausschuessen verwaltet werden, die eine kleine Minoritaet deutscher Vertreter enthalten, und das sogar bei jenen Fluessen, die ausschliesslich deutsch sind.

8. Nadelstiche.

Wie ich schon betont habe, ist der Vertrag von kleinen, verhaeltnismaessig unwichtigen Bestimmungen erfuellt, die keinem nuetzlichen Zweck dienen, sondern unnoetig die Gefuehle eines geschlagenen Feindes verletzen und verwunden muessen. Wenn man auch den Frieden so hart und streng gestaltet, wie es Deutschland nach Art seiner Kriegfuehrung verdient, sollten wir doch Sorge tragen, alle Spuren Kleinlicher Schikanen und Uebelwollens, die einer so grossen Sache wie der unseren nicht zu dienen vermoegen, noch die Interessen kuenftiger Gutwilligkeit und kuenftigen Friedens foerdern, zu eliminieren. Ich bin fuer eine drastische Revision aller derartigen Nadelstiche; sie beziehen sich hauptsaechlich auf die Behandlung deutscher Staatsangehoeriger und deutschen

Eigentums und deutscher Rechte. Doch findet man sie fast in jedem Abschnitt des Friedensvertrages.

Ich bin nicht nur darum besorgt, dass die Deutschen einen fairen und guten Friedensvertrag unterzeichnen, sondern dass sie auch um der Zukunft willen nicht bloss, um diese Wendung zu gebrauchen, mit der Spitze der Bajonette zur Unterzeichnung gezwungen werden. Es sollte unmoeglich sein, dass der Vertrag spaeter durch das deutsche Volk moralisch in Verruf gebracht wuerde. Und aus diesem Grunde halte ich es fuer wichtig, dass wir die deutschen Delegierten soweit wie irgend moeglich auf unsere Seite bringen, dass wir darauf hoeren, was sie zu sagen haben, dass wir ihnen jede notwendige Klaerung geben, und dass wir in allen Faellen, da unsere Klauseln tatsaechlich unhaltbar erscheinen, bereit sein sollten, Abaenderungen oder Kompromisse anzunehmen.

(E. Ray Stannard Baker: Woodrow Wilson and Worls Settlement. London 1923, Bd. III, S. 458 ff. - D. Ray Stannard Baker: Woodrow Wilson. Memoiren und Dokumente. Autorisierte deutsche Uebersetzung von Curt Thesing. Leipzig o. J. Bd. III, S 395)

(Aus Berber, "Das Diktat von Versailles",
Essen 1939, S. 87 - 93

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegeben Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus dem Brief des General Smuts an Lloyd George vom 22. Mai 1919 (zit. nach Berber, "Das Diktat von Versailles", Essen 1939, S. 87 - 93) ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer
(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar.

H0710 - 0012

Exhibit Goering Nr. 3

Aus:

General J.F.C. Fuller

"Der totale Krieg"

Aufsatz in "Army Ordinance"
Nr. 99 (USA), Auszug

(zit. nach: "Wehrgedanken des Auslandes"
13. Jahrgang, Heft 2, Februar 1937)

H0710 – 0013

H0710 - 0014

Exh. Goering Nr. 3

Wehrgedanken des Auslandes

13. Jahrgang, Heft 2, Februar 1937

Der totale Krieg

Die Gefahr, die ein rascher Angriff fuer die kollektive Sicherheit bedeutet

Von General J.F.C. Fuller (England)

("Army Ordinance", Nr. 99 Ver. Staaten)

Auszug.

Dem deutschen Reich wurde sogar ein wahrer Despotismus der Armut aufgezwungen. Die zusammen mit dem Ruhr-Einbruch - dem Schlusstein des Unheils - fuerte unvermeidlich zu einer vollstaendigen Unterdrueckung der Freiheit. Mann, Frau und Kind hatten in Deutschland nur noch die Freiheit, zu verhungern. Gleichzeitig mit dem finanziellen erfolgte ein moralischer Zusammenbruch. Das Ergebnis war, dass die Gewalt samt und sonders in die Haende des Staates ueberging. Die Buerokratie verstand es aber nicht, die Macht zu gebrauchen und bahnte so den Weg fuer Hitler.

Als er zur Macht gelangte, war er die Verkoerperung des Wiedergeburts-Gedankens, der 10 Jahre im Herzen jedes guten Deutschen geschlummert hatte. Es war so, wie Carlyle vor nahezu 100 Jahren geschrieben hat: "Was er sagt, das sind alle im Begriff zu sagen oder moechten es gerne sagen. Alle Geister richten sich, wie aus einem Zauberschlaf erwachend, an seinen Gedanken auf. Alle antworten mit einem freudigen Ja."

Hitler war der Sprecher Deutschlands. Alles trug dazu bei, ihn zum geeigneten Mann der Stunde zu machen: Das Elend seiner Volksgenossen - und die Hoffnung, die er verkoerperte; der wirtschaftliche Zusammenbruch - und die Tatkraft, die zum Wiederaufbau gehoerte; selbst alle Studien, die er nicht hinter sich hatte, wirkten guenstig, denn dies gab ihm Unabhaengigkeit von ueberholten Systemen und Lehren und lenkte seinen vorwaertsstrebenden Geist auf die Zukunft.

Hitler hatte den Krieg in aufnahmefaehigen Jugendjahren erlebt. Er hatte die haessliche Seite des Krieges und seine Verwuestungen kennen

H0710 -0015

gelernt. Waehrend der folgenden schlimmen Jahre zog er die Lehren daraus. Er erkannte, dass Deutschland 1914 bei besserer politischer moralischer, wirtschaftlicher, industrieller und militaerischer Vorbereitung den Krieg binnen 3 Wochen gewonnen haette. Dann waeren alle Schrecken eines langen Krieges und alle ueblen Folgen vermieden worden. Als Zeuge der Vernichtung seines Vaterlandes erkannte er, dass sich jeder an Deutschland versuendigte, der nicht alles aufbieten wollte, um die Wiederholung eines derartigen Ungluecks zu verhindern.

Wenn man diese geistige Einstellung versteht, erscheinen Hitlers Handlungen nur folgerichtig. Wenn die Rettung des Vaterlandes als hoechste moralische Pflicht anerkannt wird, dann ergibt sich daraus dass alle dazu beitragenden Handlungen gerechtfertigt sind. Was tat Hitler? Er machte sich ans Werk, die Einheit, Wuerde und Disziplin des Volkes wieder herzustellen. Er entschloss sich, ein Volk von Selbstversorgern zu schaffen und es durch eine neuzeitliche Wehrmac zu schuetzen. Es ist Unsinn zu behaupten, er habe den Krieg gewollt Ein Krieg konnte ihm nicht die Wiedergeburt des Volkes bringen. Was er brauchte, war ein ehrenvoller, gesicherter Friede. Da er aber eb so Realist wie Idealist war, und da er erfasste, dass ein Krieg in u serem Zeitalter nichts unwahrscheinliches ist, war das einzige, was er fuerchtete, nicht der Krieg an sich, sondern ein Krieg nach Art des letzten.

Hitler glaubt nicht wie Marx, dass der Mensch durch materielle Beduerfnisse geleitet wird. Er hat erkannt, dass heutzutage die Hau triebfeder starkes Nationalgefuehl ist und dass der Mensch dafuer gerne Freiheit und Leben zu opfern bereit ist. Hitler hat durch den Aufbau seines totalitaeren Staates die Einheit erstrebt. Er fuehlte, dass ein neuer Geist noetig war. Ohne Wiederherstellung der nationalen Wuerde war dies unerreichbar. Darum zerriss er den Versailler Vertrag. Er erkannte auch, dass Einheit nicht ohne Disziplin des ganzen Volkes zu erringen war. Darum regelte er das ganze deutsche Leben und fuehrte die Wehrpflicht ein. Er sah ferner ein, dass Selbstversorgung die Grundlage des neuzeitlichen Krieges ist; darum erstrebte er die wirtschaftliche Unabhaengigkeit.

-3-

Endlich erkannte er, dass dieses neue Gebaeude ohne den Schutz eine starken Wehrmacht auf Sand gebaut waere. Hitler hat nie geglaubt, dass man alles durch Gewalt erreichen koenne, aber er ist ueberzeugt; dass in unserem gewalttaetigen Zeitalter alles auf Macht gegruendet sein muss.

Da er am meisten eine Wiederholung eines Krieges nach Art des letzten scheut, war es ihm unmoeglich, mit den Staaten, die den Voelkerbund bildeten, Hand in Hand zu gehen. Der Grund war nicht nur, dass diese Staaten am Versailler Vertrag festhalten wollen, sondern dass sie einen Krieg, der mit "wissenschaftlichen Waffen" gefuehrt werden sollte, ablehnten. Sie wollten darum, dass der naechste Krieg nach Art des letzten- der Deutschland vernichtet hatte- gefuehrt wuerde. Dass dies zutrifft, laesst sich klar ersehen: nicht nur aus den in den Voelkerbundssatzungen vorgesehenen wirtschaftlichen Sanktionen, die nur in einem langen Krieg wirksam werden, sondern auch aus allen seit 1919 gehaltenen Abruestungskonferenzen. Die demokratischen Maechte haben hier immer wieder versucht, die sogenannten Angriffswaffen einzuschraenken, auf dass sich der naechste Krieg in die Laenge ziehen moege. Sowjet-Russlar hat sie darin unterstuetzt, weil die kommunistischen Diktatoren sehr wohl wissen, dass ein kuenftiger langer Krieg mit der Bolschewisierung Europas enden muss.

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstuec eine wortgetreue Abschrift aus dem Aufsatz "Der totale Krieg" von General J.F.C. Fuller (zit. nach: "Wehrgedanken des Auslandes, 13. Jahrgang, Heft 2) ist.

Nuernberg, 26. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)
Rechtsanwalt und Notar

H0710-0016

H0710 - 0017

Exhibit Goering Nr. 4

Aus der

Verfassung des Deutschen Reiches

(Weimarer Verfassung)

vom 11. 8. 1919

Art. 118, 124, 125

Exh. Goering Nr. 4

Aus der Weimarer Verfassung

Art. 118

Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu aeussern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhaeltnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.

Eine Zensur findet nicht statt, doch koennen fuer Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekaempfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei oeffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Massnahmen zulaessig.

Art. 124

Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dies Recht kann nicht durch Vorbeugungsmassregeln beschraenkt werden. Fuer religioese Vereine und Gesellschaften gelten dieselben Bestimmungen.

Der Erwerb der Rechtsfaehigkeit steht jedem Verein gemaess den Vorschriften des buergerlichen Rechts frei. Er darf einem Vereine nicht aus dem Grunde versagt werden, dass er einen politischen, sozialpolitischen oder religioesen Zweck verfolgt.

Art. 125

Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewaehrleistet. Das Naehere bestimmen die Wahlgesetze.

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus der Weimarer Verfassung ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer
(Dr. Otto Stahmer)
(Rechtsanwalt und Notar)

H0710 - 0018

Exhibit Goering Nr. 5

Aus dem Buch von:

Sir Neville Henderson

"Failure of a mission"

L o n d o n 1940

(Seite: 25)

H0710 - 0019

Exhibit Goering Nr. 5

Es wuerde sehr unrecht sein, sich nicht klarzumachen, dass eine grosse Anzahl, die Hitler und dem Naziregime anhingen und fuer sie arbeiteten, ehrbare Idealisten waren, deren einziges Ziel war, Deutschland zu dienen, die Masse ihres Volkes zu verbessern und zu ihrem Glueck beizutragen. Hitler selbst mag anfangs ein solcher Idealist gewesen sein. Spaeter benuetzte er zweifellos diesen Idealismus als einen Vorwand, um die Fortdauer des Regimes und seiner Fuehrer zu rechtfertigen. Aber es gab andere, die ihren Grundsaetzen treu waren, und ich verliess Deutschland mit Gefuehlen hoher Achtung fuer Maenner wie Dr. Guertner, den Justizminister, Graf Schwerin-Krosigk, den Finanzminister, Dr. Lammers, den Chef der Reichskanzlei sowie fuer viele andere in verschiedenen Zweigen des oeffentlichen deutschen Lebens. Von allen Eigenschaften der deutschen Rasse ist ihre Faehigkeit zu organisieren einzig dastehend, und Deutschland verdankt viel der erstaunlichen Organisationsfaehigkeit von Maennern wie Feldmarschall Goering, Dr. Frick, der Innenminister, Dr. Todt, der Direktor fuer Strassen und Bauwesen, Herr Hierl, der Reichsarbeitsfuehrer, und ebenso den Soldaten, Matrosen und Fliegern, die die Maschine aufbauten und Deutschland zu seiner gegenwaertigen beachtlichen Stellung wieder verhalfen. Die meisten von uns wuerden stolz gewesen sein, fuer unser eigenes Land das zu tun, was diese und andere fuer ihres taten. Man darf nicht der Maschine die Schuld geben, sondern den Zwecken, fuer die sie gebraucht wurde und dem Geist, der hinter ihr stand.

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus dem Buch von: Sir Navile Henderson "Failure of a mission", London 1940 ist.

Nuernberg, den 23. Februar 1946.

gez. Dr. Otto Stahmer

Rechtsanwalt und Notar.

H0710 - 0020

Aus der Rede:

"Vom Segen der Volksgemeinschaft"

zum Winterhilfswerk, in den Krupp-Werker

in Essen

am 4.XII. 1934

(zitiert nach Hermann Goering:
"Reden und Aufsaetze, Muenchen 1938
S. 174 - 176)

(Auszuege aus diesem Buch sind unter
Nr. PS 3441 u. PS 3460 bereits von der
Anklagebehoerde vorgelegt)

H0710 – 0021

Exh. Goering Nr. 6

Aus der Rede:

"Vom Segen der Volksgemeinschaft"

zum Winterhilfswerk, in den Krupp-Werken in Essen

am 4. XII. 1934

S. 174 (3. Abs.)
S. 176 (1. Abs.)

... und seht, man hat uns immer vorgehalten; Ja, dieser Militarismus, diese Kriegshetzerei. Nein, und ein Volk, das ehrlos und wehrlos ist, ist auch friedlos, und wenn ein englischer Staatsmann vor wenigen Tagen erklaert hat, ein unbewaffnetes, wehrloses Volk reize zum Unfrieden, dann moege er, bitte, auch bedenken, dass das, was fuer England gilt, auch fuer Deutschland seine Geltung hat. Auch wir sind der Meinung, dass ein ehr- und wehrloses Volk auch friedlos geworden ist. Wir haben es ja am eigenen Leibe gespuert. Wir haben es ja empfunden, wie wir ohne Frieden waren im Inneren und nach aussen. Heute wollen wir diesen Frieden sichern, und das moege die Welt immer wieder wissen. Nur ein Deutschland der Ehre ist ein Garant des Weltfriedens. Nur ein deutsches Volk der Freiheit wird diesen Frieden halten und wird diesen Frieden zu wahren wissen.

Deshalb verlangen wir auch fuer uns das gleiche Recht, wie es die anderen besitzen. Aber deshalb wissen wir auch, dass auch andere Voelker die Stunde finden werden fuer eine wahre Verstaendigung, die immer nur zwischen den gleichen und gleichstarken Partnern, niemals aber zwischen dem Starken und dem Schwachen moeglich ist.

S. 175 (16. Zeile v. unten)

Wenn die weissen grossen Voelker sich nicht zusammenfinden werden, dann moegen sie bedenken, dass sie einer Goetzendaemmerung entgegen gehen. Der Weisse kann nicht zum Sklaven werden. Der Weisse ist dazu bestimmt, die Fuehrung in der Welt zu haben, und das moegen die weissen

H0710 – 0022

Voelker untereinander achten. Man moege nicht das begabteste und das arbeitsamste Volk ausschliessen, das geht nicht, dagegen wehrt sich die Natur, dagegen haben wir uns aufgebaeumt, und dagegen werden wir Front machen bis zum letzten Atemzuge.

Wir wollen keinen Krieg, aber wir wollen unsere Ehre. Ueber die diskutieren wir mit niemanden in der Welt, das steht fest, denn sie ist die Grundlage fuer den Aufbau der gesamten Nation. Nur wer ein scharfes Schwert an seiner Seite hat, der hat Ruhe, der hat Frieden. Es ist nicht so, dass das zum Kriege reizt. Nein, wenn einer wehrlos ist, dann mag es andere reizen, ihn anzugreifen und ihn zu bestehlen. Aber wenn er sich zu wehren weiss, wird der Friede auch bei ihm gesichert sein, und damit der Friede in der ganzen Welt.

Aus: Hermann Goering, "Reden und Aufsaetze"
Muenchen, 1938. S. 174-176)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus der Rede: Vom Segen der Volksgemeinschaft zum Winterhilfswerk, in den Krupp-Werken in Essen am 4.XII. 1934. ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

Rechtsanwalt und Notar.

H0710 - 0023

Exhibit Goering Nr. 7

Aus dem

Friedensvertrag von Versailles
vom 28. Juni 1919:

Artikel 8 und Prseambel
zum Teil V (vor Artikel 159)

(Reichsgesetzblatt 1919, S. 687 ff.
(723, 919)

H0710 – 0024

Exh. Goering Nr. 7

Aus dem

Friedensvertrag von Versailles

vom 28. Juni 1919

Artikel 8

Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, dass die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Ruestungen auf das Mindestmass erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Der Rat entwirft unter Beruecksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhaeltnisse eines jeden Staates die Abruestungsplaene und unterbreitet sie den verschiedenen Regierungen zur Pruefung und Entscheidung.

Von zehn zu zehn Jahren sind diese Plaene einer Nachpruefung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen.

Die auf diese Weise festgesetzte Grenze der Ruestungen darf nach ihrer Annahme durch die verschiedenen Regierungen nicht ohne Zustimmung des Rates ueberschritten werden.

Mit Ruecksicht auf die schweren Bedenken gegen die private Herstellung von Munition oder Kriegsgeraet beauftragen die Bundesmitglieder den Rat, auf Mittel gegen die daraus entspringenden schlimmen Folgen Bedacht zu nehmen, und zwar unter Beruecksichtigung der Beduerfnisse der Bundesmitglieder, die nicht in der Lage sind, selbst die fuer ihre Sicherheit erforderlichen Mengen an Munition und Kriegsgeraet herzustellen.

Die Bundesmitglieder uebernehmen es, sich in der offensten und erschoepfendsten Weise gegenseitig jede Auskunft ueber den Stand ihrer Ruestung, ueber ihr Heer-, Flotten- und Luftschiffahrtsprogramm und ueber die Lage ihrer auf Kriegszwecke einstellbaren Industrien zukommen zu lassen.

H0710 - 0025

Teil V

Bestimmungen ueber Landheer, Seemacht und Luftfahrt

Um die Einleitung einer allgemeinen Ruestungsbeschraenkung aller Nationen zu ermoeglichen, verpflichtet sich Deutschalnd, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen ueber das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau inne zu halten.

(folgt Artikel 159)

(Aus dem Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919;
Artikel 8 und Praeambel zum Teil V (vor Artikel 159)
(Reichsgesetzblatt 1919, S.687 ff.(723, 919)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus dem Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919; Artikel 8 und Praembel zum Teil V (Reichsgesetzblatt, 1919 S, 687 ff.(723, 919) ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez.Dr.Stahmer
(Dr.Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar.

H0710 - 0026

Exhibit Goering Nr.8

Aus:

2 Artikeln des

Viscount Cecil

in der "Revue de Paris" vom

1. Maerz 1924 und 18. November 1926

(zit.nach: Karl Schilling, "Der Versailler Vertrag und die Abruestung", Berlin und Bonn 1933. S. 61, 62)

H0710 – 0027

Exh.Goering Nr.8

Aus :

2 Artikeln des

Viscount Cecil

in der "Revue de Paris" vom 1. Maerz 1924 und

18. November 1926

Viscount Cecil, der gleichzeitig Mitglied der Friedenskonferenz war, hat sich zweimal zu dieser Frage geaeussert in der "Revue de Paris" vom 1. Maerz 1924 und am 18. November 1926. Beide Male hat er bejaht, dass auch die alliierten und associierten Maechte verpflichtet sind, abzuruesten. In der "Revue de Paris" sagt er:

" Diese Praeambel enthaelt eine Vereinbarung, sie ist ein feierliches Versprechen der Regierungen an die Demokartien aller Staaten, die die Friedensvertraege unterzeichnet haben."

(Aus: Karl Schilling, "Der Versailler Vertrag und die Abrustung", Berlin und Bonn 1939, S.61, 62)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus zwei Artikeln des Viscount Cecil in der "Revue de Paris" vom 1. Maerz 1924 und 18. November 1926 (zit. nach: Karl Schilling: "Der Versailler Vertrag und die Abruestung", Berlin und Bonn 1933, S.61, 62) ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr.Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar.

H0710 - 0028

Exhibit Goering Nr.9

Aus der Rede

David Lloyd Georges

am 7. November 1927 in London

(zit.nach: "Gedanken eines Staatsmannes", Deutsche Ausgabe, Berlin 1929, S. 143)

H0710-0029

H0710 - 0030

Exh.Goering Nr. 9

Aus der Rede

David Lloyd Geoerges

am 7. November 1927 in London

"Ähnlich hat sich der ehemalige britische Ministerpraesident David Lloyd George geaeussert. In seiner Rede im Aldwich-Club in London am 7. November 1927 bezeichnete er die Denkschrift zur Mantelnote vom 16.6.1919 als ein

> "Dokument, das wir als die heilige Verpflichtung Britanniens. Frankreichs, Italiens, Belgiens und 20 anderer Nationen Deutschland uebergaben, dass, wenn Deutschland entwaffnet sei, wir seinem Beispiel folgen wuerden."
>
> (Aus: "Gedanken eines Staatsmannes" Deutsche Ausgabe, Berlin 1929, S.143)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstuck eine wortgetreue Abschrift aus der Rede David Lloyd Georges am 7. November 1927 in London (zit. nach: "Gedanken eines Staatsmannes", Deutsche Ausgabe, Berlin 1929. S. 143) ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr.Stahmer

(Dr.Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar.

Exhibit Goering Nr.10

Aus der Rede

Paul Boncours

am 8. April 1927

auf der Tagung der vorbereitenden Abruestungskommission

(zit.nach: Karl Schilling, "Der Versailler Vertrag und die Abruestung", Berlin und Bonn 1938, S. 57)

H0710 – 0031

Exh. Goering Nr. 10

Aus der Rede

Paul Boncours am 8. April 1927

auf der Tagung der vorbereitenden Abruestungskommission.

Paul Boncour, Frankreichs Sachwalter in allen Abruestungsfragen am 8. April 1927 auf der Tagung der vorbereitenden Abruestungskommission:

"Es ist richtig, dass die Einleitung zum Teil V des Versailler Vertrages die Begrenzung der Ruestungen betrifft, die Deutschland als Voraussetzung und als Vorlaeufer einer allgemeinen Beschraenkung der Ruestungen auferlegt wurden. Das unterscheidet sogar sehr genau die Ruestungsbeschraenkungen Deutschlands von anderen aehnlichen Ruestungsbeschraenkungen, die im Laufe der Geschichte nach dem Abschluss von Kriegen auferlegt wurden. Diesmal ist die Bestimmung, und das gibt ihr erst ihren ganzen Wert, nicht nur einem der Unterzeichner des Vertrages auferlegt worden, sie ist vielmehr eine Pflicht, eine moralische und juristische Verpflichtung fuer die anderen Unterzeichner, die allgemeine Begrenzung der Ruestungen in Angriff zu nehmen."

(Aus: Schilling, "Der Versailler Vertrag und die Abruestung", Berlin und Bonn 1933, S. 57)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus der Rede Paul Beoncours am 8. April 1927 auf der Tagung der vorbereitenden Abruestungskommission (hit. nach: Karl Schilling, "Der Versailler Vertrag und die Abruestung", Berlin und Bonn 1933, S. 57) ist.

Nuernberg, 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar.

H0710 - 0032

Exhibit Goering Nr. 11

Aus:

Lord Rothermere,

"Warnungen und Prophezeiungen",

Z u e r i c h 1939,

Seiten 100, 101

H0710-0033

Exhibit Goering Nr. 11

Deutschland empfand mit Recht, dass man es in Versailles betrogen hatte. Unter dem Vorwand, es sei der erste Schritt zur Weltabruestung, war es gewaltsam entwaffnet worden. Grossbritannien war allerdings ebenfalls hinter das Licht gefuehrt worden. Es hat dann auch wirklich fuenfzehn Jahre lang abgeruestet. Aber Frankreich hat von dem Tage an, an dem die verschiedenen Friedensvertraege unterzeichnet wurden, eine Menge kleiner Staaten zu kraeftiger Aufruestung ermuntert. Das Ergebnis war, dass Deutschland fuenf Jahre nach Versailles von einem noch festeren Eisenring umschlossen war als fuenf Jahre vor dem Weltkriege.

Es war unvermeidlich, dass ein deutsches Regime, das sich vor dem Versailler D i k t a t lossagt, bei der ersten Gelegenheit sich schwer bewaffnen wuerde. Es war klar, dass seine Waffen- diplomatisch, wenn nicht im wahren Sinne des Wortes - gegen die Versailler Maechte gerichtet werden mussten. Mit dieser Sachlage vor Augen konnte man die britische "Abruestungspazifisten" Schule nur als eine Art Selbstmoerderklub des Volkes ansehen. So wenigstens sah ich sie.

Aus:
Rothermere: Warnungen und Prophezeiungen, Zuerich 1939
S. 100, 101

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus: Lord Rothermere, "Warnungen und Prophezeiungen", Zuerich 1939, ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)
Rechtsanwalt und Notar

H0710 - 0034

Exhibit Goering Nr. 12

a) Aus der Rede v. Ribbentrops vor dem Voelkerbund am 19.3.1936

(Dokumente der deutschen Politik, Bd.IV 3. Aufl. Berlin 1939, Seite 119)

---

b) Aus dem Memorandum der Reichsregierung an die Locarnomaechte vom 25. Mai 1935

(zitiert nach Berber. "Das Diktat von Versailles", Essen, 1939)

S. 373, 374, 375.

H0710 – 0035

Exhibit Goering Nr. 12

a)

Obgleich mit dem Locarno-Vertrag

eine Garantie zum Schutze der franzoesischen Ostgrenze geschaffen war, die spaeter durch den deutschen Beitritt zum Kellogg-Pakt noch verstaerkt wurde, knuepfte Frankreich Verhandlungen ueber einen militaerischen Beistandspakt mit Sowjetrussland an, die in schroffem Widerspruch zu der durch den Locarno-Vertrag geschaffenen Rechtslage standen. Am 2. Mai 1936 wurde ein franzoesisch-sowjetrussischer Beistandspakt unterzeichnet, gegen dessen Vereinbarkeit mit dem Locarno-Pakt die deutsche Regierung bereits in einer Note vom 25. Mai 1935 Verwahrung einlegte.

Die Fassung dieser Bestimmung zeigt, dass sich die beiden Vertragspartner zwar von einer Aktion, die sie auf den Artikel 16 der Voelkerbundsatzung stuetzen wollen, zunaechst an den Voelkerbundrat wenden werden, dass sie aber entschlossen sind, die vereinbarten Beistandspflichten auch dann zu erfuellen, wenn es aus irgend einem Grunde nicht zu einer Empfehlung des Rates in diesem Sinne oder ueberhaupt zu keinem einstimmigen Ratsbeschluss kommt. Das kann nicht anders verstanden werden, als dass Frankreich die Freiheit fuer sich in Anspruch nimmt, im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und der UdSSR. auch dann auf Grund des Artikels 16 der Voelkerbundsatzung militaerisch gegen Deutschland vorzugehen, wenn es sich dabei weder auf eine Empfehlung, noch auf eine anderweitige Entscheidung des Voelkerbundrates berufen kann. Offenbar soll dies nach dem Ausscheiden Deutschlands aus dem Voelkerbund sogar fuer den Fall gelten, dass es nicht einmal zu der nach Artikel 17 Absatz 1 der Satzung vom Voelkerbundrat zu beschliessenden Einladung an Deutschland gekommen ist. Nach Ansicht der deutschen Regierung wuerde eine unter solchen Umstaenden eingeleitete militaerische Aktion ausserhalb des Artikels 16 der Voelkerbundsatzung stehen und infolgedessen eine flagrante Verletzung des Rheinpaktes von Locarno darstellen.

b)

Aus der Rede von Ribbentrop vor dem Voelkerbund am 19.3.1936

...Es ist aber weiterhin klar, dass, wenn eine Grossmacht wie

H0710-0036

Exhibit Goering Nr. 12

Frankreich sich ohne Bedenken gegen bestehende Vertraege kraft ihrer Souveraenitaet zu Militaerbuendnissen so gewaltigen Ausmasses entschliessen kann, dann eine andere Grossmacht wie Deutschland zu mindest das Recht besitzt, den Schutz des ganzen Reichsgebietes durch die Wiederherstellung der allen Voelkern zugebilligten natuerlichen Hoheitsrechte innerhalb ihrer eigenen Grenzen sicher zu stellen.

Dokumente deutscher Politik
ebenda Seite 144

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck wortgetreue Abschrift aus dem Memorandum der Reichsregierung an die Locarnomaechte vom 25. Mai 1935 ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946.

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar

H0710 - 0037

Exhibit Goering Nr. 13

Aus der Rede im Berliner Sportpalast am 9.4.33

"Nationalismus und Sozialismus"

(zitiert nach Hermann Goering:
"Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938 S. 43 ff.)

(Auszuege aus diesem Buch sind unter
Nr. PS 3441 u. PS 3466 bereits von der
Anklagebehoerde vorgelegt)

H0710 - 0038

Exh.Nr. 13

Aus der Rede im Berliner Sportpalast am 9.4.33

"Nationalismus und Sozialismus"

S. 43/44:

Auf der anderen Seite aber, Volksgenossen, wollen wir auch grosszuegig sein. Wir wollen nicht kleinlich Rache ueben. Wir sind ja die Sieger. Also seien wir grosszuegig, erkennen wir, dass auch wir einstmals anders gedacht haben, und seien wir dann denen dankbar, die uns zu diesem herrlichen Ziel gefuehrt haben! Und je mehr wir selbst Nationalsozialisten sind, je staerker und freier wir uns als solche fuehlen, desto grosszuegiger, desto freier koennen wir auch ueber Vergangenes hinwegsehen und wirklich aufrichtig die Hand zur Versoehnung hinreichen. Auf der anderen Seite aber, da, wo wirklich Verbrechen am Volke geschehen sind, muss die gerechte Vergeltung unerbittlich einsetzen. Denn das ist die erste Voraussetzung dafuer, dass man anderen gegenueber versoehnlich sein kann. Es muessen die Grossen gefasst werden, nicht die Kleinen.

(Aus: Hermann Goering, "Reden und Aufsaetze: Muenchen 1938)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus der Rede im Berliner Sportpalast am 9. 4. 33: "Nationalismus und Sozialismus" (zit. nach Hermann Goering: "Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938 S 43 ff.) ist.

Nuernberg, 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar

H0710 – 0039

Exhibit Goering Nr. 14

Aus der Rede:

Aufbau der deutschen Ostmark

auf der Volkskundgebung in Wien

am 26. Maerz 1938

(zitiert nach Hermann Goering:
"Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938
S. 351, 3. Absatz)

(Auszuege aus diesem Buch sind unter Nr. PS 3441 u. PS 3460 bereits von der Anklagebehoerde vorgelegt)

H0710 — 0040

Exh. Goering Nr. 14

Aus der Rede:

Aufbau der deutschen Ostmark

auf der Volkskundgebung in Wien am 26. Maerz 1938

S. 351: (3. Absatz)

Jetzt moechte ich Euch noch etwas sehr Ernstes sagen: Ich habe soeben betont, wie wunderbar eure Revolution, oder besser gesagt, wie wunderbar eure Befreiung war. Gross ward ihr im Leiden und Erdulden, gross im Standhalten, gross im Kaempfen. Nun zeigt, dass ihr jetzt auch gross in der Guete seid, und zwar gegen alle die vielen, die irre geleitet waren.

(Hermann Goering, "Reden und Aufsaetze"
Muenchen 1938, S. 351, 3. Absatz)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wort getreue Abschrift aus der Rede: Aufbau der deutschen Ostmark auf der Volkskundgebung in Wien am 26. Maerz 1938 ist.

Nuernberg, 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar.

H0710-0041

Exhibit Goering Nr. 15

Aus der Rede Hermann Goerings:

Partei und Staat

auf dem Schlesischen Gautag am 26. X.193[illegible]

(zitiert nach Hermann Goering:
"Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938
S. 213)

(Auszuege aus diesem Buch sind unter Nr. PS 3441 u. PS 3460 bereits von der Anklagebehoerde vorgelegt)

H0710 – 0042

Exh. Goering Nr. 15

Aus der Rede:

"Partei und Staat"

auf dem Schlesischen Gautag am 26. X. 1935

S. 213:

Die Kirche kann ueber eines sicher sein: Findet sie sich mit dem Nationalsozialismus ab, wir koennen uns ruhig mit ihr abrinden! Es liegt an der Kirche allein, ob sie den Frieden haben will. Wir, die Bewegung und vor allem die Regierung und der Staat haben die Kirche niemals angegriffen, wir haben der Kirche Schutz zugesichert und die Kirche weiss, dass sie diesen Schutz auch heute in vollem Umfange besitzt. Es ist also nicht an dem, dass man uns hier irgend einen Vorwurf machen koennte. Bewegung und Staat wollen ein glaeubiges Volk, und deshalb wollen und suchen wir keineswegs den Kampf mit den Konfessionen.

(Hermann Goering, "Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus der Rede "Partei und Staat" auf dem Schlesischen Gautag am 26. X. 1935 (zit. nach Hermann Goering, "Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938, S. 213) ist.

Nuernberg, 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar.

H0710 - 0043

H0710-0044

Exhibit Goering Nr. 16

Aus der Rede :

Aufbau der deutschen Ostmark

auf der Volkskundgebung in Wien am 26.3.193(

(zitiert nach Hermann Goering:
"Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938
S. 349, 3. Abs.)

(Auszuege aus diesem Buch sind unter Nr. PS 3441 u. PS 3460 bereits von der Anklagebehoerde vorgelegt).

H0710 – 0045

Exh. Goering Nr. 16

Aus der Rede:

Aufbau der deutschen Ostmark

auf der Volkskundgebung in Wien am 26. Maerz 1939

S. 349:

Wir wollen keine Kirche vernichten und keinen Glauben und keine Religion zerstoeren. Wir wollen nur, dass eine klare Scheidung vorgenommen wird. Die Kirche hat ihre bestimmten, sehr wichtigen und sehr notwendigen Aufgaben, und der Staat und die Bewegung haben andere enbenso wichtige und ebenso entscheidende Aufgaben. Wenn sich jedes peinlich an seine Aufgaben haelt, dann wird nichts passieren. Wir haben in Deutschland nicht etwa die katholische Kirche verboten, sondern wir haben die Zentrumspartei und die politisierenden Geistlichen beseitigt. Gegen die Kirche sind wir nie gewesen, gegen den Glauben erst recht nicht, wenn wir Nationalsozialisten auch nicht direkt als kirchlich konfessionell gebunden bezeichnet werden koennen.

(Hermann Goering: " Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938 S. 349)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus der Rede: Aufbau der deutschen Ostmark, auf der Volkskundgebung ih Wien am 26. Maerz 1938 (zit. n. Hermann Goering, Reden und Aufsaetze, Muenchen 1938, S. 349) ist.

Nuernberg, 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar.

Exhibit Goering Nr. 12.

Brief des Lic. theol. ev. Pfarrers,

Werner J e n t s c h

vom 30. 10. 1945 an den

Generalsekretaer des IfG.

(Original in Haenden des Herrn Generalsekretaers)

H0710 — 0046

H0710 - 0047

Exhibit Goering Nr. 17

Brief des Lic. theol. (ev. Pfarrer) Werner Jentsch

vom 3o. Oktober 1945

an den Generalsekretaer des I M G

Dt.H.Q.Rimini-Miramare,
Lager Rimini 4.
d. 3o. 1o. 1945

Veranlasst durch die Proklamation des Internationalen Militaergerichtshofes in Nuernberg, in der zu Zeugenaussagen beim Kriegsverbrecherprozess aufgefordert wird, erlaube ich mir, folgendes mitzuteilen:

Am 16. 7. 1945 habe ich auf dem Wege ueber den fuer mich zustaendigen englischen Kriegspfarrer der 21. brit. Tankbrigade, Rev. C.E.B. C r a n f i e l d , eine ausfuehrliche schriftliche Erklaerung zu Gunsten einiger Mitglieder meiner ehemaligen Berliner Gemeinde abgeben, zu der ich mich um der Wahrhaftigkeit willen und aus seelsorgerlicher Verantwortung verpflichtet fuehlte. Ich war vom September 1939 bis April 1943 ev. Standortpfarrer fuer die Einheiten der Luftwaffe in Berlin. Es handelt sich dabei um den ehemaligen Reichsmarschall Hermann G o e r i n g , und seine Frau Emmi G o e r i n g , den Oberreichskriegsanwalt Generalstabsrichter Dr. jur. Kraell, Frau Eva von Schroeder (ehemalige Reichsleitung der NSV.) und den Ministerialrat Dr. jur. Leonhard B o t t g e r aus dem Ministeramt des Reichsmarschall.

Da ich bisher nur weiss, dass diese Information in das englische Kriegsministerium in London weitergeleitet wurde, wiederhole ich ausdruecklich meine Bereitschaft, fuer diese Ausfuehrungen, falls es gewuenscht wird, muendlich als Zeuge einzutreten.

gez. Werner Jentsch

E r k l a e r u n g

Veranlasst durch die Rundfunkmitteilung ueber die gegenwaertigen Gerichtsverhandlungen gegen die Familie G o e r i n g erlaubt sich der Endunterzeichnete, San. Uffz. Werner Jentsch z.Z. evang. Standortpfarrer im Deutschen Kriegsgefangenen-Lazarett Abano Terme (Italien), das folgende nach bestem Wissen und Gewissen zu erklaeren:

Von September 1939 bis zu meiner Einberufung in den Wehrdienst, April 1943, war ich evang. Standortpfarrer i.N. (im Nebenamt) fuer die Einheiten der Luftwaffe in Berlin. Meine Hauptaufgabe in diesen Amt war die schlichte Evangeliumsverkuendung und die persoenliche Seelsorge an Soldaten. Durch diese Taetigkeit lernte ich auch Frau G o e r i n g kennen,

die als Ehefrau des Reichsmarschalls zu meinem Seelsorgebezirk gehoerte. Wenn auch meine Gespraeche mit Frau G o e r i n g nur relative Bedeutung trugen, so scheinen mir bestimmte Handlungen und Worte von ihr doch so wichtig, dass ich mit ihrer Bekanntgabe an die alliierten Behoerden, soweit das Beichtgeheimnis dadurch nicht verletzt wird, aus Gewissensgruenden nicht laenger zoegern darf. Es ist nicht das Amt des Pfarrers, ein juristisches Gutachten zu geben. Meine Mitteilungen wollen daher nicht entschuldigen, was nicht entschuldbar ist, sie sollen vielmehr ein besseres Verstehen ermoeglichen, welches durch Verschweigen der Tatsachen erschwert werden koennte.

Frau Goering hat mehrfach fuer Anliegen des Christentums waermstes Verstaendnis gezeigt und sich, soweit es ih ihren Kraeften stand, tapfer und nachdruecklich dafuer in einer Umgebung eingesetzt, die weithin das Christentum bekaempfte oder mindestens hoechst kritisch ihm gegenueberstand. Ich darf unter anderem auf folgende Punkte hinweisen.

1. In einer Zeit in der die meisten Regierungs- und Parteistellen fuer die Vertreter der Kirchen nicht mehr zu sprechen waren, hat sie den Mut besessen, mich als Pfarrer 3 mal zum Vortrag ernster kirchlicher Sorgen und Noete zu empfangen. Ich konnte mich offen aussprechen, zum Beispiel was das totale Druckverbot fuer Christliche Schriften und die zunehmende Entchristlichung des Rundfunks anbetraf. Genau so freundlich hat sie meine mehrfachen schriftlichen Eingaben beantwortet oder empfehlend weitergeleitet.

2. Nachdem Jahre lang weder Vertreter der evangelischen noch der katholischen Konfession von Adolf Hitler und den fuehrenden Reichsministern empfangen worden waren, hat sie sich persoenlich fuer den Empfang evangelischer Pfarrer beim Reichsmarschall verwandt.

3. Bei Beginn des Krieges hat Frau Goering versucht, bei ihrem Mann den Einsatz von christlichen Soldatenheimen zu erwirken, die das Evangelische Jungmaennerwerk Deutschlands wie im Weltkrieg wieder errichten wollte.

H0710 – 0048

H0710 - 0049

4. Sie war bereit, eine ausfuehrliche Denkschrift zur Einrichtung einer hauptamtlichen evang. und kath. Lazarett-Seelsorge fuer alle Luftwaffenlazarette in Front und Heimat bei Hermann Göering zu befuerworten. Sie hatte eine ausgesprochen muetterliches Herz, das nicht nur an die materielle, sondern auch an die seelische Betreuung der Soldaten ihres Mannes dachte.

5. Sie ist fuer einen Mann, der den Kriegsdienst aus religioesen Gruenden verweigerte und deshalb zum Tode verurteilt worden war, vor ihrem Manne eingetreten.

6. Durch ihre Mitwirkung gelang die Befreiung der beiden Soehne zweier Bekenntnispfarrer aus Stettin (D. Rendtorff und P. Reichmuth) aus dem Konzentrationslager.

7. Jedes Ostern hat Frau Goering ca. 75 Photographien von sich, ihrem Mann und ihrem Kind mit ihrer und ihres Mannes eigenhaendigen Unterschriften an meine Konfirmanden (Kinder von Soldaten und Offizieren der Luftwaffe in Berlin) verteilen und Glueckwuensche zu ihrer Konfirmation aussprechen lassen. Es sei besonders bemerkt, dass gerade in diesen Jahren von seiten der Partei und der Hitlerjugend die Konfirmation heftig bekaempft wurde und jedes Ostern damals bereits die sogenannte "Verpflichtung der Jugend" als eine Art politische Ersatzkonfirmation im nationalsozialistischem Sinne stattfand. Die christliche Gemeinde hat dieses Bekenntnis der Frau des Reichsmarschalls mit dankbarer Genugtuung aufgenommen.

8. Nicht unerwaehnt lassen moechte ich, dass sie mir gelegentlich einer privaten Unterredung einmal sagte, dass sie es vor allem gewesen sei, die eine kirchliche Einsegnung ihrer Ehe und die christliche Taufe ihrer Tochter gewuenscht habe.

Hermann G o e r i n g selbst hat auf eine Eingabe zwecks Einfuehrung einer hauptamtlichen luftwaffeneigenen Seelsorge mir durch seinen Chefadjutanten antworten lassen, er koenne im Augenblick nichts tun, da Adolf Hitler sich in der Religionsfrage noch nicht endgueltig

H0710 - 0050

entschieden habe. Er wuensche aber volle Glaubensfreiheit in der Luftwaffe, auch fuer die christlichen Konfessionen, und jeder Angehoerige der Luftwaffe koennen sich den Heeres-Geistlichen oder Zivilpfarrer waehlen, welchen er wolle.

Waehrend der ganzen Verhandlungen, die ich mit der Familie Goering und dem Ministeramt des Reichsmarschalls dienstlich und seelsorgerlich fuehren musste, hat sich der Ministerialrat Dr. Leonhard B o e t t g e r vom Ministeramt staendig grosse Verdienste um die Sache des christlichen Glaubens erworben, indem er jederzeit im Rahmen seiner Moeglichkeit die Empfaenge und Briefe vermittelte und selbst so tatkraeftig half, dass er seine Stellung riskierte. Er hat sich daher auch nie gescheut, sich oeffentlich zu seinem evangelischen Christentum zu bekennen.

Um Missverstaendnissen vorzubeugen, teile ich mit, dass ich mit dem deutsch-christlichen ehemaligen Reichsbischof Mueller, der in den ersten Jahren des Dritten Reiches eine voruebergehende Rolle im Hause Goering gespielt hat, nichts zu tun habe. Ich betone ausdruecklich, dass ich meine oben stehenden Aussagen mache, obwohl ich 1937 infolge meiner Beteiligung an einem Fuerbitte-Gottesdienst fuer Pfarrer Niemoeller inhaftiert war und durch Betaetigung fuer das Evangelische Jungmaennerwerk (deutsche Bezeichnung fuer YMCA) in Danzig landesverwiesen wurde.

Ich gebe diese Erklaerung allein um der Wahrhaftigkeit willen und aus seelsorgerlicher Verantwortung ab.

A b a n o T e r m e , den 25. Juni 1945

gez. Werner Jentsch

Hiermit bescheine ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift des Briefes des Lic. theol. Werner Jentsch an den Generalsekretaer desIMC ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer
(Dr. Otto Stahmer)
Rechtsanwalt und Notar.

Exhibit Goering Nr. 18

Aus der Rundfunkrede Hermann Goerings:

"Der Kampf gegen die Vivisektion"

am 28. 8. 1933

(zitiert nach Hermann Goering:
"Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938, S. 82/83)

(Auszuege aus diesem Buch sind unter Nr. PS 3441 u. PS 3460 bereits von der Anklagebehoerde vorgelegt).

H0710-0051

Exh. Goering Nr.19

Aus der Rundfunkrede:

"Der Kampf gegen die Vivisektion"

am 28. 8. 1933

S. 82/83

Dass stark vereinzelten, wiederum meist volksfremden Wissenschaftlern das Gefuehl fuer ihr Verhalten abgestumpft oder ueberhaupt nicht vorhanden gewesen ist, zeugen Beispiele aus der wissenschaftlichen Literatur der vergangenen Zeit, in denen ohne jede Spur eines menschlichen Mitgefuelhs betaeubungslose Quaelereien schlimmster Art durch Operationen ohne Betaeubung, durch Verbrennungen, Erfrierungen, Hunger und aehnlichen beschrieben werden.

(Aus: Hermann Goering, "Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus der Rundfunkrede "Der Kampf gegen die Vivisektion" am 28.8.1933 (zit. nach Hermann Goering: "Reden und Aufsaetze", Muenchen 1938, S.82/83) ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar.

H0710-0052

H0710-0053

Exhibit Goering Nr. 19

Rede Goerings vor den Gauleitern

in Berlin

im November oder Dezember 1938

(mitgeteilt von Gauleiter Uiberreither)

Exh.Goering Nr. 19

Rede Goerings vor den Gauleitern in Berlin

einige Wochen nach dem 9.11.38

H.G. berief die Gauleiter einige Wochen nach dem 9.11.1938 nach Berlin und verurteilte in temperamentvoller Weise die Vorfaelle hart a) wegen der Vorfaelle an sich und b) wegen ihrer Wirkung auf die Oeffentlichkeit. Das Reich haette andere Moeglichkeiten auf eine derartige Attacke zu reagieren, wie sie der Gesandtenmord darstelle. Niemals duerften wilde Einzelaktionen zugelassen werden. Was geschehen sei, entspraeche keineswegs der Wuerde des Reiches. Er raeumte zwar ein, dass, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Gauleiter unbeteiligt waren und groesstenteils in der fraglichen Zeit nicht in ihren Gauen waren, betonte aber eindringlich, dass es Pflicht der Gauleiter waere ihren ganzen Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass sich solche Vorfaelle nicht wiederholen.

gez. Uiberreither.

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift eines Briefes ist, den der fruehere Gauleiter Uiberreither am 21. Februar 1946 an mich richtete.

Nuernberg, den 22. Februar 1946

gez. Dr.Stahmer

(Dr.Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar

H071O-0054

Exhibit Goering Nr. 20

Rede des Reichsmarschalls Herman Goering

im Sommer 1938

vor den Gauleitern in Karinhall

(wiedergegeben durch den fruheren

Gauleiter Uiberreither

H0710-0055

viel Arbeit u. Einschraenkungen, fuehre aber dazu, dass Deutschland ohne Krieg fuehren zu muessen, wieder Subjekt in der europaeischen Politik sein wuerde.

gez. Uiberreither

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift eines Briefes ist, den der fruehere Gauleiter Uiberreither am 21. Februar 1946 an mich richtete.

Nuernberg, den 22. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)
Rechtsanwalt und Notar

H0710-0056

Exhibit Goering Nr. 21

Aus dem Telefongespraech des Generalfeldmarschalls Goering mit dem Botschafter von Ribbentrop
London - Berlin
am 13.3.1938

Dieses Dokument wurde von der Anklagebehoerde bereits unter Nr. 29 49-PS vorgelegt.

H0710-0057

Generalfeldmarschall Goering mit Reichsaussenminister v.Ribbentrop

13.3.38 London 9.15 - 9.55 (Telefongespraech)

.....

Nun will ich mal eins sagen; wenn man hier sagt, wir haetten unter Druck das oesterreichische Volk, die Unabhaengigkeit vergewaltigt, dann kann man hoechstens sagen, eine einzige Sache ist vielleicht unter Druck gesetzt worden, aber nicht von uns, das war die ganz winzig kleine Regierung. Das oesterr. Volk, das ist jetzt erst frei. Ich wuerde einfach vorschlagen, dem Halifax oder ein paar wirklich ersten Leuten, denen er vertraut, die soll er doch einfach rueberschicken, damit sie sich das Bild ansehen koennen. Sie sollen durch das Land reisen, dann sehen sie alles.

.....

Welcher Staat in der ganzen Welt wird durch unsere Vereinigung geschaedigt? Nehmen wir vom irgendeinem Staat was weg? Wenn die Staaten sagen: ja, gegen unser Interesse! Was haben die Staaten denn fuer ein Interesse gehabt? Dann koennen sie nur ein Interesse gehabt haben, Oesterreich feindlich gegen Deutschland einzustellen. In Gesamt-Oesterreich wohnt nicht o,1 % Minderheit. Alle Menschen sind deutsch, alle Menschen sprechen deutsch. Also ist hier kein einziger Staat beteiligt. Und die Staaten, die vielleicht als einzige ein Interesse haetten, das koennen Sie sagen, Italien und Jugoslavien und Ungarn, weil da doch ein paar hunderttausend Deutsche wohnen, die evtl. sagen koennen, ja dadurch fuehlen wir uns..usw. die fuehle sich nicht bedroht.

.....

Dass die deutschen Truppen bei ihrem Marsch durch Oesterreich sich ueberall 15 - 20 km von der Grenze abzuhalten haben, und noerdlich der Donau in dem ganzen Raum ueberhaupt nur ein aufgeloestes Bataillon marschiert, damit diese Ortschaften auch den Jubel und die Freud haben. Heute ist es ja so, dass der Vormarsch nicht mehr nach militaerischen Grundsaetzen erfolgt, sondern auf allen Strassen marschieren kleinere Kolonnen, weil jedes Dorf einen deutschen Soldaten

H0710-0058

sehen will.

.....

Es ist nunmehr auch von uns erkannt, dass der Einmarsch nicht mehr notwendig ist. Die ganze Sache rollt nunmehr ab, wie eine solche Sache abrollen muss und erfolgt jetzt nur noch als ein Freudenmarsch; wenn Sie es so nennen wollen, sobald er abgerollt ist, also morgen oder uebermorgen muss das sein - beginnen die Ruecktransporte. Und dann - hat die oesterreichische Regierung uns wissen lassen- wuerde sie eine nach allen demokratischen Grundsaetzen stichhaltige und freie und geheime Wahl stellen, dem jeder Oesterreicher nun seine wirkliche freie Stimme geheim abgeben koennen wird. Und hierzu haben sie vor, Leute vom Ausland zu bitten, damit ihnen nachher ja nicht der Vorwurf gemacht werden kann der Faelschung - wie es der Schuschnigg gemacht hat - damit sie sehen, dass diese Wahl wirklich geheim ist. Es ist ja auch in unserem Interesse, denn wir sind ja heilig davon ueberzeugt, dass wir eine ueberwaeltigende Mehrheit bekommen. Deshalb ist es auch in unserem Interesse, dass diese Wahl voellig korrekt abgewickelt wird. Wenn die Wahl geschehen ist, dann sieht man ja erst, wie sich das Volk entschieden hat und was geschieht. In einem duerfen Sie keinen Zweifel lassen: Den Spruch Oesterreichs respektieren wir nach jeder Richtung. Und wenn es sich fuer die Einigung ausspricht, woran wir ja keinen Zweifel haben koennen, dann werden wir uns durch keine Macht der Welt mehr trennen koennen, dann werden wir uns durch keine Macht der Welt mehr trennen lassen. Es ist moeglich, dass eine Weltliga von allen Staaten Deutschland ueberwindet, aber es ist nicht moeglich, dass wir uns noch einmal trennen lassen, wenn Oesterreich sich dafuer ausgesprochen hat, sich mit Deutschland zusammenzuschliessen.

.....

-4-

H0710-0059

Exh. Goering Nr. 21

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine wortgetreue Abschrift aus dem Telefongespraech des Generalfeldmarschalls Goering mit dem Botschafter von Ribbentrop London - Berlin am 13.3.38, ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946.

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar

H07 10-0060

Exhibit Goering Nr. 22

Fragebogen

des Verteidigers von Hermann Goering

an den

Earl of Halifax vom 1. Februar 1946

H0710-0061

Antworten auf den Fragebogen, den der Verteidiger Hermann Goerings in dem derzeitigen Verfahren vor dem Internationalen Militaergericht in Nuernberg unterbreitet hat; von dem the Right honourable the Earl of Halifax, Botschafter Seiner Majestaet in Washington, D.C.

---

1) Haben Sie im November 1937 mit dem Botschafter Henderson den Angeklagten Goering in Karinhall besucht und waren Sie dort sein Gast?

A. Ja.

2) Hat bei dieser Gelegenheit eine Besprechung ueber die politische Lage stattgefunden?

A. Ja.

3) Hat Goering Ihnen bei dieser Besprechung gesagt:
Jede deutsche Regierung wuerde folgende Fragen:
a) den Anschluss Oesterreichs und des Sudetenlandes an Deutschland,
b) Rueckkehr von Danzig zu Deutschland unter vernuenftiger Loesung der Korridorfrage
als integrierenden Bestandteil ihrer Politik ansehen?

A. Ja.

4) Haben Sie darauf geantwortet:
aber hoffentlich ohne Krieg?

A. Ich sagte, dass Seiner Majestaet Regierung wuensche, alle Deutschland und seine Nachbarn beruehrenden Fragen moechten durch friedliche Methoden geloest werden. Ich habe sonst diese Fragen nicht diskutiert.

5) Hat Goering darauf erwiedert:
Das haenge sehr viel von England ab. England koenne viel dazu beitragen, dass diese Frage friedlich geloest wuerde.
Auch Goering wuensche deshalb keinen Krieg, aber geloest werden muessten diese Fragen unter allen Umstaenden.

A. Ja.

6) Hat der schwedische Ziv. Ing. Birger Dahlerus aus Stockholm Sie im August 1939 im persoenlichen Einverstaendnis mit dem Angeklagten Goering wiederholt aufgesucht?

A. Ja.

7) War Ihnen bekannt, dass Goering damit unter Umgehung des deutschen Auswaertigen Amtes einen direkten Kontakt mit Ihnen bzw. dem Prime Minister herstellen wollte?

8) Ich habe keine solche Kenntnis ausser der Tatsache, dass Dahlerus es sagte.

H0710-0062

8) War Ihnen bekannt, dass dieser unmittelbare Kontakt mit Ihnen geschaffen werden sollte, um in der polnisch-deutschen Krise eine friedliche Loesung herbeizufuehren?

A. Ich habe keine solche Kenntnis ausser der Tatsache, dass Dahlerus es sagte.

9) War Ihnen bekannt, dass Goering fuer eine solche friedliche Loesung seinen Einfluss bei Hitler einsetzen wollte?

A. Ich habe keine solche Kenntnis ausser der Tatsache, dass Dahlerus es sagte.

10) Ist Dahlerus in dieser Zeit (August 1939) haeufiger bei Ihnen oder Ihren Mitarbeitern gewesen?

A) Ja.

11) Welchen Inhalt hatten Ihre Besprechungen bezw. die Besprechungen Ihrer Mitarbeiter mit Dahlerus?

A. Diese Diskussionen befassten sich mit der ernsthaften Bedrohung des europaeischen Friedens durch die deutschen Forderungen an Polen.

12) Welche Vorschlaege haben Sie Goering durch Bahlerus uebermitteln lassen?

A. Die Ansichten der Regierung Seiner Majestaet bezueglich der Situation, die sich aus den deutschen Forderungen an Polen ergaben, wurden Herrn Dahlerus in aehnlichen Ausdruecken erklaert, wie jene, die Hitler durch die Regierung Seiner Majestaet uebermittelt wurden und spaeter durch die Regierung Seiner Majestaet veroeffentlicht wurden.

13) Sind ueber die mit Dahlerus gehabten Besprechungen und ueber die dem Goering uebermittelten Vorschlaege Niederschriften gefertigt?

A. Kurze Berichte werden normalerweise von allen Unterredungen mit dem Staatssekretaer oder mit Mitgliedern aus dem Stabe das Foreign Office gemacht. Von den Unterredungen mit Herrn Dahlerus sind keine anderen oder speziellen Berichte gemacht.

14) Wo befinden sich diese Niederschriften?

A. Alle Berichte, wie sie im ersten Satz der Antwort auf Frage 13 geschildert sind, werden in den Archiven des Foreign Office aufbewahrt.

15) Hatten Sie den Eindruck, dass die Bemuehungen Goerings, den Krieg zu vermeiden, aufrichtig waren?

A. Ich habe keinen Zweifel, dass Goering es vorgezogen haben wuerde, wenn es es gekonnt haette.

16) Hat Ihnen Ihr Botschafter Henderson mitgeteilt, dass Goering ihn nach der offiziellen Aussprache zwischen Henderson und Ribbentrop im August 1939, bei der Ribbentrop dem Botschafter Henderson die deutschen Bedingungen an Polen nur vorgelesen, aber nicht ueberreicht hat, zu sich gebeten und ihm, dem Borschafter Henderson,

H0710-0063

H0710-0064

unter anderem den Inhalt des vorgelesenen Memorandums privatim bekannt gegeben hat, da Goering nicht wusste, ob Henderson die ihm von Ribbentrop vorgelesenen Bedingungen verstanden hatte?

A. Ja.

17) Hat Henderson Ihnen mitgeteilt, oder haben Sie auf andere Weise erfahren, dass Goering bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen hat, dass er zu einer solchen Mitteilung nicht berechtigt sei und sie auf eigene Verantwortung vornehme, um jetzt noch zu versuchen, zur Entspannung der Lage beizutragen?

A. Sir Nevile Henderson erzaehlte mir dieses nicht. Ich habe keine Kenntnis davon.

18) Hat Ihnen der Botschafter Henderson nicht ganz allgemein mitgeteilt, dass Goering den Ausbruch eines Krieges zu verhindern bemueht sei?

A. Nein.

19) Waren Sie darueber unterrichtet, dass Goering fuer eine deutsch-englische Verstaendigung sich bei allen Gelegenheiten stets besonders eingesetzt hat?

A. Nein.

20) Wuerden Sie es nicht vorziehen, anstatt der schriftlichen Beantwortung der vorstehenden Fragen vor dem Internationalen Militaergerichtshof zu erscheinen und hier als Zeuge vernommen zu werden?

A. Nein.

gez. Halifax

Ich, Hubert Norman Pullar, Seiner Majestaet Konsul in Washington bescheinige, dass die obenstehende Unterschrift Halifax, die Unterschrift des Earl of Halifax, Seiner Majestaet Botschafter in Washington, D.C. ist.

Gegeben am 1. Tag des Februar 1946
in dem Konsulat Seiner Majestaet, Washington, D.D.
gez. H.N. Pullar
H.B.M. Consul

Stempel: Britisches Konsulat
Washington, 1. Febr. 1946

Stempel: Britisches Konsulat
Washington

Bescheinigt im Foreign Office zur Bestaetigung der
vorstehenden Unterschrift
H. N. Pullar

Stempel: Foreign Office, London
14. Febr. 1946

gez. David Scott
Fuer den Aussenminister

Fuer die Richtigkeit der Uebersetzung aus dem englischen Original

(Werner Bross, Assessor)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck die wortgetreue Uebersetzung des Fragebogens darstellt.

Nuernberg, den 23. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer
(Dr. Otto Stahmer)
Rechtsanwalt und Notar.

Exhibit Goering Nr. 23

Aus dem Buch von:

Sir Neville Henderson

"Failure of a mission"

L o n d o n 1940

(Seiten: 70, 83, 273 und 274.)

H0710-0065

H0710-0066

Exhibit Goering Nr. 23

S. 7o

Er (Goering) litt vergleichsweise wenig unter der persoenlichen Empfindlichkeit, die so oft Hitler und Ribbentrop leitete, und bis zuletzt war ich geneigt, an die Ernsthaftigkeit seines persoenlichen Wunsches nach Frieden und guten Beziehungen mit England zu glauben.

S. 83.

Ich moechte hier meinem Glauben Ausdruck geben, dass der Feldmarschall, wenn es von ihm abgehangen haette, nicht um den Preis des Krieges gespielt haette, wie Hitler es 1939 tat. Wie spaeter eroertert wird, stand er im September 1938 entschieden auf der Seite des Friedens. Man erzaehlt, dass er deshalb viel von Hitlers Gunst verloren habe, und es ist moeglich, dass er dieselbe Rolle 1939 gespielt haette, waeren nicht seine Versuche 1938 gewesen. Beim ersten Mal war es eine Erfahrung, aber das zweite Mal waere es vom Fuehrer als Verfehlung betrachtet worden, und es war ungluecklicherweise ein Stueck der griechischen Tragoedie, das Goering 1938 hinter sich hatte und es nicht wiederholen konnte. Er war der vollkommene Diener seines Herrn, und ich habe nie eine groessere Treue und Ergebenheit gesehen als die seinige zu Hitler. Er war anerkanntermassen die zweite Macht im Land, und hatte mir immer zu verstehen gegeben, dass er Hitlers natuerlicher Nachfolger als Fuehrer sei. Maenner an zweiter Stelle sind oft geneigt, ihre eigene Wichtigkeit zu betonen. In all den offenen Gespraechen, die ich mit Goering fuehrte, sprach er niemals von sich oder der grossen Rolle, die er in der Nazirevolution gespielt hatte: Alles hatte Hitler getan, alles Vertrauen war Vertrauen zu Hitler, jede Entscheidung war Hitlers, und er selbst war nichts. In Anbetracht der Tatsache, dass die muendliche Aufzaehlung der Posten, die Goering im Naziregime bekleidete,

fuenf Minuten Zeit erforderte, war diese Selbstentaeusserung vor seinem Fuehrer um so bemerkenswerter, besonders weil Hitler ohne Goering niemals dahin gelangt waere, wo er war. Hitlers Gehirn mochte das Unmoegliche denken, aber Goering fuehrte es aus. Der Aufbau der deutschen Luftwaffe allein war ein ueberraschender Erfolg, und derjenige, auf den Goering wahrscheinlich und zu Recht am stolzesten war. Wie eitel er auch in kleinen Dingen gewesen sein mag und wie sehr er auch Pomp, Uniformen und Orden, Juwelen, und Bilder liebte und den Beifall seiner Gefaehrten, - er prahlte nicht ueber die grossen Dinge, die er getan hatte.

S. 273.

Ich sah den polnischen Botschafter um 2 Uhr nachts (am 31. August 1939), gab ihm einen objektiven und bemueht maessigen Bericht ueber meine Unterhaltung mit Ribbentrop, erwaehnte die Abtretung Danzigs und die Volksabstimmung im Korridor als die zwei Hauptpunkte der deutschen Vorschlaege, stellte fest, dass sie, soweit ich ueberblicken koennen, im ganzen nicht zu unvernuenftig seien, und schlug ihm vor, seiner Regierung zu empfehlen, dass sie sofort ein Treffen zwischen den Feldmarschaellen Rydz-Smigly und Goering vorschlagen solle. Ich fuehlte mich verpflichtet hinzuzufuegen, dass ich an den Erfolg irgendwelcher Verhandlungen nicht glauben koennte, wenn diese mit Ribbentrop gefuehrt wuerden. Obwohl Lipski es unternahm, seiner Regierung dieser Vorschlag zu machen, wuerde es in dem Zeitpunkt in jedem Fall zu spaet gewesen sein.

S. 274.

Den Tag ueber war von seiten Goerings viel Taetigkeit entfaltet worden. Ich glaube, dass Goering selbst eine friedliche Loesung vorgezogen haben wuerde, aber in solchen Sachen zaehlte

H0710-0067

H0710-0068

Exh. Goering Nr. 23

Hitlers Entscheidung allein; und was Goering auch fuehlen mochte, er war doch nur der treue und ergebene Diener seines Herrn. Auch hatte er sich, wie ich bereits beschrieb, vor einem Jahre entschieden fuer den Frieden eingesetzt, und es mag schwierig fuer ihn gewesen sein, diesen Kurs ein zweites Mal zu steuern. Er lud mich gleichwohl ein, ihn an diesem Nachmittag zu besuchen; das tat ich denn um 5 Uhr, begleitet von Sir Ogilvie-Forbes. Da ich gehoert hatte, dass der Text der Vorschlaege, den Ribbentrop mir nicht hatte geben wollen, im Rundfunk verlesen werden sollte, war meine erste Bemerkung, dem Feldmarschall klarzumachen, dass dieses Verfahren sicherlich und endgueltig die letzte Friedensaussicht zum Scheitern bringe, und ihn zu bitten, sein Aeusserstes zu tun, die Veroeffentlichung zu verhindern. Goering antwortete, dass er nicht intervenieren koennen, und dass due deutsche Regierung sich verpflichtet fuehle, ihre Vorschlaege der Welt durch Rundfunk mitzuteilen, um ihren "guten Glauben" zu beweisen.

Statt dessen sprach er ziemlich zwei Stunden lang ueber die Ungerechtigkeit der Polen und von Hitlers und seinem eigenen Wunsch nach Freundschaft mit England, und von dem Vorteil, den die Welt im allgemeinen und England im besonderen aus solcher Freundschaft ziehen koenne. Es war eine Unterhaltung, die nirgendhin fuehrte, und ich hatte das Gefuehl, dass diese Bemerkungen, die von seinem Standpunkt voellig natuerlich waren, aber die ich fruecher schon so oft gehoert hatte, hauptsaechlich auf die Erbauung der Zuhoerer berechnet waren. Ich schloss das Schlimmste aus der Tatsache, dass er in einem solchen Augenblick in der Lage war, mir so viel seiner Zeit zu schenken. Er war wenige Tage vorher zum Praesidenten des neuen Reichsverteidigungsrates (oder Kriegskabinetts) gemacht worden, und wuerde es sich kaum haben leisten koennen, soviel Zeit in Unterhaltung hinzubringen, wenn er nicht der Ansicht war, dass alles, herunter bis zur letzten Kleinigkeit, nun fuer den Einsatz fertig war.

Exh. Goering Nr. 23

Beiliaeufig war die Zusammensetzung dieses Rates ein Beweis fuer Hitlers Spitzfindigkeit. Er hatte fuer ihn die angesehensten der Nazifuehrer, wie Dr. Frick, Dr. Lammers, Dr. Funk, auf die gerechnet worden konnte, ausgesucht, nebst Feldmarschall Goering, dem populaersten von ihnen allen im grossen Publikum, um das Vertrauen des Deutschen Volkes zu wecken. Die schlimmsten Extremisten und die unpopulaersten wurden dabei uebergangen. Letzteren wurde die weniger beneidenswerte Aufgabe uebertragen, sich mit den Neutralen zu befassen, das Innere zu organisieren und ruecksichtslos jede innere Unzufriedenheit zu unterdruecken. Mein Gesamteindruck dieses letzten Gespraeches mit Goering war in der Tat, dass es ein letzter aber erfolgloser Versuch war, Grossbritannien von den Polen zu trennen. Gleichwohl schien der Feldmarschall ernst, als er nach einem Abruf ans Telefon zurueckkehrte, um uns mitzuteilen, dass Herr Bipski zu seinem Besuch bei Ribbentrop unterwegs sei. Er erschein erleichtert und zu hoffen, dass der Krieg trotz allem vermieden werden koennen, vorausgesetzt, dassKontakt ueberhaupt noch hergestellt wuerde.

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck einewortgetreue Abschrift aus dem Buche von : Sir Nevile Henderson "Failure of a mission" London 1940 ist.

Nuernberg, den 25. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

Rechtsanwalt und Notar

H0710-0069

H0710-0070

Exhibit Goering Nr. 24

Aus der

Note des deutschen Auswaertigen Amtes an die Regierung der UdSSR. vom 21. 6. 1941

(zitiert nach Dok. D. Pol. Bd. 8 Teil I Berlin 1943. S. 402 / 407)

Exh. Goering Nr. 24

Aus der

Note des deutschen Auswaertigen Amtes
an die Regierung der UdSSR vom 21. 6. 1941

In Wahrheit ist aber, wie der Verlauf der Ereignisse gezeigt hat, die Politik der Sowjetunion in dieser Zeit ausschliesslich auf ein Ziel gerichtet gewesen, naemlich darauf, die militaerische Macht Moskaus in dem Raum zwischen Eismeer und Schwarzem Meer ueberall, wo es ihr moeglich erschien, nach Westen vorzuschieben und die Bolschewisierung weiter nach Europa hineinzutragen.

Die Entwicklung dieser Politik ist durch folgende Etappen gekennzeichnet:

1. Eingeleitet wurde die Entwicklung durch den Abschluss der sogenannten Hilfeleistungspakte mit Estland, Lettland und Litauen im Oktober und November 1939 (28. September, 5. und 10. Oktober 1939) und durch Errichtung militaerischer Stuetzpunkte in diesen Laendern.

2. Der naechste sowjetrussische Schachzug galt Finnland, Als die sowjet-russischen Forderungen, deren Annahme die Souveraenitaet eines freien finnischen Staates beseitigt haette, von der Finnischen Regierung abgelehnt wurden, veranlasste die Sowjetregierung die Bildung der kommunistischen Pseudoregierung Kuusinen, und als das finnische Volk jede Verbindung mit dieser Regierung zurueckwies, kam es zu dem Ultimatum an Finnland (vom 26. November 1939) und Ende November 1939 zum Einmarsch der Roten Armee. In dem im Maerz (12. Maerz 1940) abgeschlossenen finnisch-russischen Frieden musste Finnland einen Teil seiner suedoestlichen Provinzen abtreten, die sofort der Bolschewisierung anheimfielen.

3. Wenige Monate spaeter, d.h. im Juli 1940, ging die Sowjetunion gegen die baltischen Staaten vor. Litauen hatte nach dem ersten Moskauer Vertrag (vom 23. August 1939) zur deutschen Interes-

H0710-0071

sensphaere gehoert. Auf Wunsch der Sowjetunion verzichtete die Reichsregierung im zweiten Vortrag (vom 28. September 1939) auf ihre Interessen in dem ueberwiegenden Teil dieses Landes, wenn auch schweren Herzens, um des lieben Frieden wegen zugunsten der Sowjetunion, waehrend ein Streifen des Gebietes noch in der deutschen Interessensphaere verblieb.

Nach einem Ultimatum vom 15. Juni wurde das gesamte Litauen, d.h. also auch der in der deutschen Interessensphaere verbliebene Teil Litauens ohne jede Benachrichtigung der Reichsregierung von der Sowjetunion besetzt, so dass nunmehr die UdSSR. sich unmittelbar an die ganze oestliche Grenze Ostpreussens heranschob. Als dann spaeter an Deutschland dieserhalb herangetreten wurde, ueberliess die Reichsregierung nach schwierigen Verhandlungen und um fuer eine freundschaftliche Regelung ein weiteres zu tun, auch diesem Teil Litauens der Sowjetunion.

Kurze Zeit darauf (am 17. Juni 1940) wurden in gleicher Weise unter Missbrauch der mit diesen Staaten abgeschlossenen Beistandspakte auch Lettland und Estland militaerisch besetzt. Das ganze Baltikum wurde nunmehr entgegen den ausdruecklichen Moskauer Zusicherungen bolschewisiert und wenige Wochen nach der Besetzung (am 3., 5. und 6. August 1940 durch Beschluesse des Obersten Sowjets) kurzerhand von der Sowjetregierung annektiert. Gleichzeitig mit der Annexion erfolgten auf dem ganzen noerdlichen Sektor der sowjetrussischen Machtposition gegen Europa die ersten starken Massierungen der Roten Armee.

Dass die wirtschaftlichen Abmachungen Deutschlands mit diesen Staaten, die nach den Moskauer Vereinbarungen nicht beeintraechtigt werden sollten, von der Sowjetregierung einseitig aufgehoben

H0710-0072

wurden, sei hier nur nebenbei erwaehnt.

4. In den Vertraegen von Moskau wurde bei der Interessenabgrenzung im ehemaligen polnischen Staatsgebiet ausdruecklich vereinbart, dass keinerlei politische Agitation ueber diese Interessengrenzen erfolgen, sondern die Taetigkeit der beiderseitigen Okkupationsbehoerden sich ausschliesslich auf den friedlichen Aufbau dieser Gebiete beschraenken sollte. Die Reichsregierung hat die unwiderleglichen Beweise dafuer, dass trotz dieser Abmachungen die Sowjetunion schon bald nach der Besetzung dieses Gebietes eine deutschfeindliche Agitation nach dem Generalgouvernement Polen nicht nur gestattete, sondern sie gleichlaufend mit einer bolschewistischen Propaganda nach dem Gouvernement unterstuetzte, Auch in diese Gebiete wurden unmittelbar nach der Besetzung starke russische Garnisonen verlegt.

5. Noch waehrend die deutsche Armee im Westen im Kampf gegen Frankreich und England stand, erfolgte der Vorstoss der Sowjetunion gegen den Balkan, Waehrend die Sowjetregierung bei den Moskauer Verhandlungen erklaert hatte, dass sie ihrerseits niemals den Anstoss zur Loesung der bessarabischen Frage von sich aus geben wuerde, erhielt die Reichsregierung am 24. Juni 1940 von der Sowjetregierung die Mitteilung, diese sei nunmehr entschlossen, die bessarabische Frage mit Gewalt zu loesen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass der Sowjetanspruch sich auch auf die Bukowina erstrecke, also auf ein Gebiet, das altes oesterreichisches Kronland war, niemals zu Russland gehoert hatte und ueber das in Moskau seinerzeit ueberhaupt nicht gesprochen worden war.

Der deutsche Botschafter in Moskau (Graf von der Schulenburg) erklaerte der Sowjetregierung, dass ihr Entschluss der Reichsregierung voellig unerwartet komme und zu einer schweren Beeintraechtigung der deutschen Wirtschaftsinteressen in Rumaenien sowie zu einer Stoerung des Lebens der dortigen starken deutschen Siedlung sowie des Deutsch-

H0710-0073

71 H0710-0074

tume in der Bukowina fuehren muesse.

Herr Molotow erwiderte dagegen, dass die Angelegenheit ausserordentlich draenge und dass die Sowjetunion eine Stellungnahme der Reichsregierung zu dieser Frage innerhalb 24 Stunden erwarte. Trotz dieses bruesken Vorgehens gegen Rumaenien hat die Reichsregierung auch dieses Mal wieder zur Erhaltung des Friedens und ihrer Freundschaft mit der Sowjetunion zu deren Gunsten eingegriffen. Sie hat der Rumaenischen Regierung, die sich um Hilfe an Deutschland gewandt hatte, zum Nachgeben geraten und ihr die Ueberlassung Bessarabiens und der Nordbukowina an Sowjetrussland empfohlen. Mit der zustimmenden Antwort der Rumaenischen Regierung (vom 27. Juni 1940) wurde der Sowjetregierung von Deutschland die Bitte der Rumaenischen Regierung uebermittelt, ihr genuegend Zeit zur Evakuierung dieser grossen Gebiete und zur Sicherstellung von Leben und von Hab und Gut der dortigen Einwohner zu lassen. Wiederum jedoch stellte die Sowjetunion Rumaenien (am 27. Juni 1940) ein Ultimatum und begann bereits vor Ablauf desselben am 28. Juni mit der Besetzung von Teilen der Bukowina und anschliessend des gesamten Bessarabiens bis an die Donau. Auch diese Gebiete wurden von der Sowjetunion (durch Beschluss des Obersten Sowjets vom 2. August 1940) sofort annektiert, bolschewisiert und damit tatsaechlich ruiniert.

Mit der Besetzung und Bolschewisierung der gesamten der UdSSR. von der Reichsregierung in Moskau ueberlassenen Interessensphaere in Osteuropa und auf dem Balkan hat die Sowjetregierung klar und eindeutig entgegen den Moskauer Vereinbarungen gehandelt. Trotzdem hat die Reichsregierung der UdSSR gegenueber auch dann noch eine mehr als loyale Haltung eingenommen. Sie hat sich im finnischen Kriege (vgl. die deutsche Verlautbarung vom 7. Dezember 1939; Dokumente Bd. 7 S. 173 f. Anm. 1) und in der baltischen Frage voellig zurueckgehalten, sie hat in der bessarabischen Frage den Standpunkt der Sowjetregierung der Rumaenischen Regierung gegenueber unterstuetzt und hat sich mit den von der

Sowjetregierung geschaffenen Tatsachen, wenn auch schweren Herzens, abgefunden.

Darueber hinaus aber hat sie, um Divergenzen zwischen den beiden Staaten von vornherein moeglichst auszuschalten, eine grosszuegige Umsiedlungsaktion (vgl. Dokumente Bd. 7 Dok. 126 und unten S. 624-639) unternommen, durch die sie saemtliche Deutsche aus den von der UdSSR. besetzten Gebieten nach Deutschland zurueckfuehrte. Die Reichsregierung ist der Auffassung, dass ein besserer Beweis fuer ihren Wunsch, zu einer dauernden Befriedung mit der UdSSR. zu kommen, wohl kaum erbracht werden konnte.

(Dok. D.Pol.Bd. 8 Teil I,
Berlin 1943, S. 402-405)

.... Folgende Forderungen wurden von Herrn Molotow in Berlin und in den anschliessenden diplomatischen Besprechungen mit dem Deutschen Botschafter in Moskau gestellt:

1) Die Sowjetunion wuenscht, Bulgarien eine Garantie zu geben und darueber hinaus mit diesem Staate einen Beistandspakt nach dem Muster der Beistandspakte im Baltikum, d.h. also mit militaerischen Stuetzpunkten abzuschliessen, waehrend Herr Molotow erklaert, an dem inneren Regime Bulgariens nicht ruehren zu wollen...

2) Die Sowjetunion verlangt eine vertragliche Abmachung mit der Tuerkei zum Zweck der Schaffung einer Basis fuer Land- und Seestreitkraefte der UdSSR, am Bosporus und den Dardanellen auf der Grundlage einer langfristigen Pacht. Fuer den Fall, dass die Tuerkei sich hiermit nicht einverstanden erklaeren sollte, sollen Deutschland und Italien sich den russischen diplomatischen Massnahmen zur Erzwingung dieser Forderung anschliessen.

H0710-0075

H0710-0076

3. Die Sowjetunion erklaert, sich abermals von Finnland bedroht zu fuehlen, und fordert deshalb die voellige Preisgabe Finnlands durch Deutschland , ...

Deutschland konnte diese russischen Forderungen, die von der Sowjetregierung als Vorbedingen fuer den Zusammenschluss mit den Dreierpaktmaechten bezeichnet wurden, selbstverstaendlich nicht annehmen..

(Dok.D.Pol.Bd.8, Teil I
Berlin 1943, S. 407)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebene Schriftstueck eine Abschrift aus der Note des deutschen Auswaertigen Amtes an die Regierung der UdSSR. vom 21.6.1941 (zitiert nach Dok. D.Pol. Bd.8, Teil I, Berlin 1943, S. 402 - 407) ist.

Nuernberg, den 22. Februar 1946.

gez. Dr.Stahmer

(Dr.Otto Stahmer)
Rechtsanwalt und Notar.

H0710-0077

Exhibit Goering Nr. 25

Dok. 1743 PS

Hier ist einzufuegen:

Dok. 1743 PS.

("gruene Mappe")

H0710-0078

Exhibit Goering Nr. 26

Aus der

Note der deutschen Reichsregierung an die franzoesische Regierung ueber die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich vom 30. Mai 194

(zitiert nach Dok.D.Politik, Bd.8, Teil I, Berlin 1943, S. 171/173)

H0710-0079

Aus der

Note der deutschen Reichsregierung an die franzoesische Regierung ueber die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich vom 30. Mai 1940

Bei dieser Behandlung verwundeter deutscher Soldaten handelt es sich nicht um vereinzelte Faelle, die auf die illkuer und Grausamkeit unterer franzoesischer Dienstgrade zurueckgefuehrt werden koennten. Die franzoesischen Gendarmen, die dem deutschen Offizier Fesseln anlegten, haben betont, dass sie dies auf ausdrueckliche Anweisung ihrer oberen Dienststellen taeten. In Uebereinstimmung damit beweist ein in die Hand der deutschen Truppen gefallener Geheimbefehl des Generalstabes (2. Buero) der 9. franzoesischen Armee, Nr. 1801/2 vom 13. April 1940, dass die schonungslose Behandlung gefangener verwundeter deutscher Soldaten der Luftwaffe und der Fallschirmtruppe durchaus den Absichten der verantwortlichen hoeheren Kommandostellen der franzoesischen Armee entpspricht und von ihnen den franzoesischen Truppen anbefohlen worden ist. Denn aus diesem Geheimbefehl geht klar hervor, dass solchen verwundeten deutschen Soldaten grundsaetzlich zunaechst keine aerztliche Behandlung zuteil werden soll, sondern dass in erster Linie alle Moeglichkeiten ausgenutzt werden solle, um von ihnen militaerische Aussagen zu erpressen.

(Dok. D.Pol.Bd. 8, Teol I,
Berlin 1943, S. 171/173)

Hiermit bescheinige ich, dass das oben wiedergegebne Schriststueck eine wortgetreue Abschrift aus der Note der deutschen Reichsregierung an die franzoesische Regierung ueber die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich vom 30. Mai 1940 (zit. nach Dok. D. Politik, D.8, Teil I, Berlin 1943. S.171/173) ist.

Nuernberg, den 23. Februar 1946

gez. Dr.Sthamer

(Dr.Otto Sthhmer
Rechtsanwalt und Notar.

Exhibit Goering Nr. 27

Eidesstattliche Erklaerung

des Generaloberstabsrichters a.D.

Dr. Rudolf L e h m a n n

vom 21. Februar 1946

H0710-0080

H0710-0081

Exh. Goering Nr. 27

Eidesstattliche Erklaerung

des Generaloberstabsrichters a.D. Dr.Rudolf Lehmann

ueber den Reichsmarschall Goering als Gerichtsherrn

I. Den Reichsmarschall habe ich in mehreren grossen Verhandlungen als Vorsitzenden gesehen; an einem Verfahren nahm ich selbst als Richter teil, bei den anderen war ich sein Berater und waehrend der Sitzung Zuhoerer.

Den R.M. kenne ich weiter aus mehrerem Vortraegen, die bei ihm als dem ranaeltesten Offizier der ehrmacht gehalten wurden, um seine Meinung ueber Einzelfragen zu ermitteln, und aus einigen Sachen, die ihm zur Klaerung oder Entscheidung uebertragen worden waren.

Endlich habe ich die Niederschriften regelmaessig gelesen, die sein Rechtsberater, der Chef der Rechtsabteilung der Luftwaffe, ueber die Vortraege beim R.M. waehrend des Krieges angefertigt hat.

Danach kenne ich den R.M. als Gerichtsherrn zwar nicht so genau wie ihn sein eigener Rechtsberater kennt - und in den Sachen der Luftwaffenjustiz nur mittelbar, durch dessen Niederschriften und Beschreibungen - , aber doch soweit, dass ich mir ein Urteil ueber ihn erlauben darf.

II. Ich habe von ihm folgendes Bild:

Der R.M. stand urspruenglich den Jursiten sehr ablehnend gegenueber. Er war offenbar vom Fuehrer beeinflusst. Das hat sich in dem Masse geaendert, in dem er sich mit der Justiz der Luftwaffe beschaeftigte. Der R.M. gehoerte am Schluss des Krieges zu den hohen Befehlshabern, die sich gern von Juristen beraten liessen. Er hatte besonders fuer die Luftwaffenjustiz viel uebrig und hielt gorsse Stuecke auf sie.

Er gab ihr schwierige Faelle zur Untersuchung, in denen er den Berichten anderer Stellen nicht recht traute. Dass er daneben nach Soldatenart gelegentlich sehr kraeftig ueber die Juristen schimpfte, aenderte an seiner Grundeinstellung nichts.

In den Sachen, in denen ich mit dem R.M. zu tun hatte, liess er sich gruendlich unterrichten. Er nahm sich fuer die Dinge ungewohnlich viel Zeit. Die Besprechungen verliefen, auch wenn erhebliche Meinungsverschiedenheiten da waren, ruhig und sachlich, mit gelegentlichen Temperamentausbruechen. Der R.M. hoerte sich alle Einwendungen an. Wenn er an eine Sache mit vorgefasster Meinung heranging, so liess er doch mit sich reden. Er dachte ausgesprochen soldatisch-sachlich; Sein praktischer Verstand kam ihm dabei zu Hilfe. Wichtige Entscheidungen traf er nach gruendlicher Eroerterung und mit Ernst. (Wir haben im uebrigen viel herbe Kritik ueber ihn gehoert; es wurde ihm in seinen anderen Dienstgeschaeften vielfach Laessigkeit und mangelnder Ernst vorgeworfen. Wir haben uns dann immer wieder gesagt, dass in unserem Bereich diese Vorwuerfe nicht zu erheben waren).

III. Der R.M. hat sich im Bereich der Luftwaffenjustiz sehr viel Sachen zur eigenen Bestaetigung des Urteils vorbehalten, darunter alle Todesurteile. Er war bei der Beurteilung des Einzelfalles - bei aller Haerte, die der Fuehrer von allen Gerichtsherrn verlangte- doch sehr gern einmal zur Milde geneigt. Von schonungsloser Strenge war er bei Verrat und besonders bei Sittlichkeitsverbrechen. Aus den Niederschriften weiss ich, dass er oefters bei schweren Notzuchtsfaellen Urteile aufgehoben hat, weil er ein Todesurteil fuer notwendig hielt. Dabei machte er keinen Unterschied, ob es sich um eine Frau in Deutschland oder in den besetzten Gebieten handelte. Ich glaube mich aus den Niederschriften mindestens eines Falles zu entsinnen, wo er sogar die gewohnliche

H07 10-0082

Vollstreckungsart aenderte und befahl, dass der Soldat in dem russischen Dorf, in dem er die Notzucht begangen hatte, zu erhaengen sei.

IV. Als Vorsitzender in der Verhandlung war der R.M. sehr lebhaft, aber wohlwollend, auch in den Gnadenvorschlaegen an den Fuehrer.

V, In seinen eigenen Entscheidungen hat der R.M. zweifellos oft gegen Gedankengaenge und Forderungen des Fuehrers bewusst verstossen, besonders bei politischen Sachen, die er viel milder - und bei Ausschreitungen gegen Landeseinwohner, die er viel haerter beurteilte als der Fuehrer.

VI. Mit dem Rechtsberater des Reichsmarschalls, einem sehr erfahrenen ruhigen gewissenhaften Juristen, habe ich haeufig ueber den R.M. gesprochen, auch mit dem durch die gleichen Eigenschaften ausgezeichneten Oberreichskriegsanwalt, der oft bei ihm war. Wir waren ueber den Reichsmarschall einer Meinung.

gez. Dr. Lehmann 21.2.46

Dass die obenstehende eidesstattliche Erklaerung eine wortgetreue Wiedergabe des in meinen Haenden befindlichen Originals darstellt, bescheinige ich hiermit.

Nuernberg, den 22. Februar 1946

gez. Dr. Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)
Rechtsanwalt und Notar.

H0710-0083

(SUPPLEMENT TO GOERING DOCUMENT BOOK)

File Copy

Report No: WCIU/LDC/1094 (b) APS/EM CONFIDENTIAL

A.

Evidence obtained from PW
ID.1027 Generaloberst Kurt STUDENT
at London District Cage on 23 Mar 46,
on instructions as received from the
Allied Military Court at NUREMBERG.

The prisoner was sworn in and gave his evidence as follows:

1.Q.: Welche militaerische Stellung bekleideten Sie bei dem Angriff auf ROTTERDAM im Mai 1940?

A.: Ich war Befehlshaber aller damals in HOLLAND eingesetzten deutschen Luftlandetruppen.

2.Q.: Wie war die taktische Lage der bei ROTTERDAM kaempfenden Fallschirmtrupp

A.: Am 13. Mai 1940 war die Verbindung mit den herankommenden Erdtruppen hergestellt. ROTTERDAM, und damit das Nordufer des Stromes, war noch in feindlicher Hand. Auf dem noerdlichen Brueckenstoss befand sich lediglich eine schwache Fallschirmabteilung von etwa 30 Mann. In ROTTERDAM selbst befanden sich zu dieser Zeit staerkere feindliche Kraefte. Ich schaetzte sie auf mindestens 4,000 Mann.

3.Qu.: Aus welchen Gruenden wurden von den Erdtruppen Bomber angefordert?

A.: Der Kommandant von ROTTERDAM war mehrfach zur Uebergabe aufgefordert worden, aber ohne Ergebnis. Ich entschloss mich daher zum Angriff auf ROTTERDAM fuer den 14. Mai 1940, um die Bruecken von ROTTERDAM freizukaempfen. Dies war der letzte Punkt der mir gestellten Aufgabe. Fuer diesen Angriff wurde von mir Bomberunterstuetzung angefordert. Als Ziel wurde hierbei der Raum unmittelbar noerdlich der Bruecken angegeben, der vom Gegner staerker besetzt war.

4.Q.: Fuehrten Sie die Kapitulationsverhandlungen mit den niederlaendischen Truppen, die ROTTERDAM verteidigten?

A.: Nein. Und als Begruendung moechte ich Folgendes angeben: Die verschiedenen Kapitulationsaufforderungen wurden durch den betreffenden Kommandeur, der an den Bruecken stand, den damaligen Obst Lt von CHOLTIT herausgegeben. In der Nacht vom 13. - 14., wie denn staerkere Erdkraefte herangekommen waren, wurde ich im Rahmen der Bestimmungen fuer Luftlande Operationen durch einen Heeresbefehlshaber abgeloest, Gen. Obst SCHMIDT. Dieser Gen Obst SCHMIDT leitete das letzte Kapitulationsangebot an den Kommandanten von ROTTERDAM.

5.Q.: Waren die deutschen Flugzeuge bereits auf dem Anfluge, als die Kapitulationsverhandlungen abgeschlossen waren?

A.: Ja. Im Uebrigen erfolgte der Bombenabwurf zu einer Zeit, wo die Kapitulationsverhandlung nicht abgeschlossen war.

6.Q.: Aus welchem Grunde konnten die anfliegenden deutschen Geschwader nicht rechtzeitig zur Umkehr veranlasst werden?

A.: Es wurde ein dringender Funkspruch abgesetzt, der aber nicht durchkam. Im Uebrigen wurden rote Leuchtpatronen abgeschossen, als die ersten Flieger sich naeherten. Diese rote Leuchtpatronen bedeuteten "kein Bombenwu Weiter kann ich dazu nichts aussagen.

(gez) .....
Kurt STUDENT (Generaloberst)

H0710-0085

7.Q.: Haben alle angesetzten Geschwader sich am Angriff beteiligt, oder hat nur ein Geschwader den Angriff vollendet?

A.: Eingesetzt wurde nur ein einziges Geschwader. Wie ich spaeter festgestellt habe, soweit ich mich erinnere, drehte nur die vorderste Gruppe, dabei der Geschwaderkommodore, ab, der die roten Leuchtzeichen erkannte. Die nachfolgende Gruppe warf Bomben weil sie die Leuchtzeichen nicht erkannte.

8. Q.: Wie erklaert sich die starke Ausdehnung der Braende, die durch den Angr verursacht wurden?

A.: Ich fuehre dies auf zwei Punkte zurueck: einmal auf Fehlwurf einzelner Flugzeuge, und andererseits auf Flaechenbraende, da der Stadtteil an den Bruecken verhaeltnismaessig alte Haeuser hatte, in Verbindung mit u reichenden Loesch-Einrichtungen.

(gez.) .....
Kurt STUDENT (Generaloberst)

Anwesend (gez.) ....
A.P.SCOTTAND (Lt.Col.)

Offizieller Dolmetscher (gez.) .....
W. BONWITT (W.O.I.)

Offizielle Stenographin (gez.) .....
E. METZGER (Sgt.)

London, den 22. Maerz 1946.

H0710-0086

Replies obtained from F/
LD 1027 Generaloberst Kurt STUDENT
at London District Cage on 22 Mar 46,
to questions from Prosecuting Counsel.

The Prisoner was sworn in and gave his evidence as follows:

1. Q.: Sie geben zu, dass ROTTERDAM gebombt wurde nach der Kapitulation, aber sagen Sie, dass dies ein Irrtum war?

   A.: ROTTERDAM ist tatsaechlich nicht nach der Kapitulation, sondern waehrend der Kapitulationsverhandlungen bombardiert worden.

2. Q.: Ist es nicht wahr, dass die deutschen Flugzeuge abgeschickt wurden auf ROTTERDAM waehrend die Kapitulationsfrage noch im Gange war?

   A.: Ja, das habe ich eben gesagt, aber das ist doch ein Widerspruch bei den 2 Fragen.

3. Q.: Ist es nicht wahr, dass die Bomben von ROTTERDAM nach der Kapitulation konnten vermieden werden, wenn die Bomber auf dem Boden gehalten wurden, waehrend die letzten Besprechungen ueber die Kapitulation im Gang gefuehrt wurden?

   A.: Um 14.00 Uhr erschien ein hollaendischer Hauptmann, selbst vom Kommandant gesandt, also zu der Zeit, wo das Ultimatum gefordert war, machte Ausfluechte und bat noch um Verlaengerung. Gen.Obst. SCHMIDT hat diese Verlaengerung zugestanden, und waehrend dieser zugestandenen Zeit passier leider dieses Bombardement von ROTTERDAM. Der Versuch zum Abstoppen wurde gemacht, ist aber nicht gelungen, weil die Funksprueche nicht durchkamen, wie ich oben schon erwaehnt habe.

4. Q.: Wie lange waren die deutschen Bomber unterwegs nach ROTTERDAM von ihren Flugplaetzen aus?

   A.: Die Bomber selbst unterstanden mir nicht. Ich weiss nicht, woher sie gekommen sind. Ich kann daher diese Frage nicht beantworten.

5. Q.: Wie lange dauerte die Besprechung ueber die Kapitulation von Anfang an bis zu Ende?

   A.: Es waren keineswegs fortlaufende Besprechungen. Die Lage war so, dass dem Gegner ein Ultimatum gestellt worden war.

6. Q.: Um wieviel Uhr war das?

   A.: Soweit ich mich erinnere, war es um 14.00 Uhr. Um diese Zeit erschien ein hollaendischer Hauptmann an den Bruecken wo Gen.Obst. SCHMIDT und ich war um das Ultimatum entgegenzunehmen. Zu unserem Erstaunen bat der hollaendische Hauptmann um Verlaengerung, und zwar aus nicht ganz ueberzeugenden Gruenden, die uns als Ausfluechte erschienen. Trotzdem wurde die erbetene Verlaengerung durch Gen.Obst. SCHMIDT genehmigt. Ich glaube, es waren zwei Stunden.

(gez.) .....
Kurt STUDENT (Generaloberst)

6. Q.: Ihr Ultimatum hatte mit Kapitulation nichts zu tun gehabt, oder wie?

A.: Jawohl, das war eben die Aufforderung zur Kapitulation, die wurde ultimativ gestellt.

Q.: Aber wann haben Sie angefangen?

A.: Das weiss ich nicht. Das wurde vom Gen. Obst SCHMIDT allein eingeleitet. Waehrend dieser Zwischenzeit fand der Bomberangriff statt. Also in der Zeit von 1400 - 1600 Uhr. Ich kann mich nicht festlegen auf diese Zeiten. Sofort nach erwaehntem Bombenabwurf erschien der Kommandant persoenlich an den Bruecken, und es erfolgte hier die Uebergabe der Stadt.

7. Q.: Was ist der Gen. Obst SCHMIDT jetzt?

A.: Weiss ich nicht. Der ist ungefaehr 1943 verabschiedet worden.

8. Q.: Hat er in seinen Bedingungen ueber die Uebergabe der Stadt in dem Ultimatum gesagt "entweder Sie werden kapitulieren oder Sie werden bombardiert"?

A.: Das weiss ich nicht.

9. Q.: Sie haben jedenfalls die Bedingungen der Kapitulation nicht geschrieben?

A.: Nein. Das war ein Schritt aus eigener Initiative des Gen Obst SCHMIDT. Er hat mich an die Bruecke bestellt, und da teilte er mir ueberhaupt erst diese Schritte mit.

(gez.) .....
Kurt STUDENT (Generaloberst)

Anwesend (gez.) .....
A.P. SCOTLAND (Lt.Col.)

Offizieller Dolmetscher (gez.) .....
W. BONNITT (W.O.I.)

Offizielle Stenographin (gez.) .....
E. METZGER (Sgt.)

London, den 22. Maerz 1946.

H0710-0087